

hamburg
rote hilfe ★ **80** *Nr.4*



**WER SIND DIE WAHREN
TERRORISTEN?**

Vorbemerkung

An der Erstellung des vorliegenden Infos waren verschiedene Organisationen beteiligt. Die Schwierigkeiten bei der Erstellung eines gemeinsamen Infos sowie die Notwendigkeit der möglichst raschen Fertigstellung hat seinen Niederschlag in der mangelnden Qualität der Konzeption und der Geschlossenheit seiner politischen Argumentation gefunden. Trotzdem sind wir der Meinung, daß das Ergebnis vertretbar ist und einen Beitrag leisten kann für eine Antwort, die wir auf die Verfolgungswelle gegen ausländische, besonders gegen arabische Arbeiter und Studenten und deren Organisationen geben können. Diese Antwort wird nur dann massiv und dauerhaft sein können, wenn es uns gelingt, auch das Bewußtsein für den Kampf des palästinensischen Volkes zu schaffen und zu erhöhen. Deshalb hat der Teil, der sich mit der palästinensischen Revolution, ihrer Ausweitung auf den gesamtarabischen Raum und mit den Interessen der BRD im Kampf gegen diese Befreiungsbewegung befaßt, einen breiten Raum eingenommen.

In Hamburg ist es in den letzten Wochen gelungen, den Formen der praktischen

Solidarität zu einer breiten Wirksamkeit zu verhelfen. Z. B. sind in fast allen Studentenwohnheimen Komitees entstanden, deren Aktivitäten einen guten Anteil daran hatten, daß das "Hamburger Abendblatt" am 6. Oktober, 2 Tage nach dem Verbot von GUPS und GUPA und der gleichzeitigen Großfahndung nach deren Mitgliedern, melden mußte: "Terroristen-Wohnungen waren leer - Wer warnte die Illegalen?" Die Arbeit dieser Heim-Gruppen wird in dem Maße die Beschränkung auf reine Schutzfunktionen verlieren, wie sie solche Demagogien zu entlarven imstande ist und sich aus ihr der offensive Kampf gegen die Übergriffe des Klassenfeindes entwickelt. Unter dieser Zielsetzung hat auch die Verbreiterung der Kampffront verschiedener politischer Organisationen in den gemeinsamen Demonstrationen und Aktionen ihre Perspektive. Gleichzeitig ist einmal mehr sinnfällig geworden, auf wessen Seite sich die Revisionisten von DKP und MSB geschlagen haben: ihre Forderung nach "gesetzmäßiger" Durchführung der Ausweisungen konnte kein anderes Ergebnis haben, als bei der Demonstration gegen Mahmud el Massads Abschiebung am Flughafen grinsend in sicherer Entfernung zu stehen: bei Mahmud war der Rechtsweg "ordnungsgemäß" ausgeschöpft.

POLIZEITERROR UND ARABERHETZE IN HAMBURG ...

Hektische Aktivität der Hamburger Polizei in der Nacht zum 21. September: Die Polizei wollte mit einer Blitzaktion vollendete Tatsachen schaffen. Mit gezogenen Pistolen drang sie in drei Studentenwohnheime ein und nahm dort zwei Jordanier fest: Die Anglistikstudentin Helen Abu Hadid (23) und den Pädagogikstudenten Adnan Abu Ayyasch (27). Den Arbeiter Sami Yassin (30) verhafteten sie vom Arbeitsplatz weg.

Die drei hatten nur 5 Minuten Zeit, um die Ausweisungsverfügungen zu lesen, sich anzuziehen, ihre Sachen zu packen. Sie wurden sofort ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Noch in der selben Nacht saßen sie im Flugzeug.

Zwar stand in der Ausweisungsverfügung: "Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats Widerspruch einlegen." Jedoch hieß es in der Begründung zur Ausweisung, daß diese deshalb so überstürzt geschehe, "um auszuschließen, daß Sie durch Einlegung von Rechtsmitteln und dem damit verbundenen Suspensionseffekt (aufschiebende Wirkung) Ihre sofortige Entfernung vereiteln"; der Hinweis auf den Rechtsweg war blanker Zynismus.

Hier zeigt sich eindrucksvoll, wie die Hamburger Innenbehörde mit Gesetzen umspringt: Dienen sie als Legitimation für Polizeieinsätze, werden sie beliebig aufgeblasen, gegen staatliche Übergriffe schützen sie nicht. Die Herrschenden durchbrechen ihren eigenen Rechtspöppel und tragen so auf ihre Weise dazu bei, das Recht, das für Polizei und Behörden nicht gilt, als Klassenrecht zu entlarven.

Begründet wurde die Ausweisung mit § 10 des Ausländergesetzes. Daß dieser beliebig interpretierbare Paragraph angewandt wurde, (Gefährdung erheblicher, insbesondere auswärtiger Belange der Bundesrepublik) dessen Dehnbarkeit von "jugendgefährdender wilder Ehe" bis - wie hier - Mitgliedschaft in einer politischen Organisation reicht, zeigt, daß die Jordanier ohne den geringsten Beweis ausgewiesen wurden. Sicher sind sie Mitglieder der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS), einer nationalen Studentenorganisation, die mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes sympathisiert und ihn hier in der BRD auch durch Veranstaltungen und Informationen unterstützt.

Am 4. 10. wurden die GUPS und die Organisationen palästinensischer Arbeiter, GUPA, verboten; viele ihrer Mitglieder wurden sofort abgeschoben. Der GUPS

gehören fast alle palästinensischen Studenten an. Studenten mit dieser Begründung auszuweisen hieße in letzter Konsequenz alle Palästinenser abzuschoben.

Was den beiden Studenten und dem Arbeiter Yassin angelastet wird, ist also ihre politische Gesinnung, ihr Eintreten für den Befreiungskampf ihres Volkes. Die Lügen der Springerpresse, die nur von "Terrorhelfern" sprach und behauptete, die verhafteten Araber seien Mitglieder des "Schwarzen September" oder mitverantwortlich für die Vorbereitung der Aktion in München, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ausländerbehörde keinen einzigen Anhaltspunkt für solch eine Verbindung hatte. Aber wie hatte doch SPD-Wischnewski erklärt? "Bürger aus Ländern, die Terroranschläge dulden, können in unserem Land weder arbeiten noch studieren. Wir wissen, daß wir dabei bedauerlicherweise auch Unschuldige treffen."

Diejenigen, die sich in München auf der Trauerfeier für die israelischen Sportler vor Humanität und Abscheu vor jeglicher Brutalität kaum fassen konnten, gehen nun brutal und gewalttätig gegen arabische Studenten und Arbeiter vor. Helen Abu Hadid war schwer erkrankt und wurde trotzdem "auf eigenen Wunsch" - so die Polizei - nach Israel geschickt, obwohl sie dagegen protestiert hatte mit der eidesstattlichen Erklärung: "Meine Ausweisung nach Israel oder Jordanien würde meinen sicheren Tod bedeuten." Nach mehreren Meldungen arabischer Rundfunksender ist sie beim Transport gestorben.

Auch für die anderen Palästinenser bedeutet die Abschiebung Gefängnis oder Tod. Von den Zuständen in den israelischen Wüsten-KZs macht man sich kaum eine Vorstellung. Und wie die jordanische Regierung die Palästinenser behandelt, zeigte sich bei den Massakern 1970. Damals wurden 20 000 Palästinenser, Milizangehörige und Fedayin ebenso wie Zivilisten mit aus Israel gelieferter Munition ermordet, hunderte wurden gefoltert in den selben Gefängnissen, in die hinein die von hier ausgewiesenen Palästinenser kommen. Sechs weitere Araber standen in Hamburg auf den Fahndungslisten der Polizei, unter ihnen Naser Hamed, über dem das

Damoklesschwert der Ausweisung - wegen Unterzeichnung eines Flugblatts - nun schon Monate hängt. Gefaßt und in Abschiebehaf genommen wurde am Morgen des 22.9. Mahmud el Massad. Auch er sollte heimlich und ohne Aufhebens ausgeflogen werden. Mit der richterlichen Aufschiebung der Ausweisungsverfügung in der Hand konnte dank der Unterstützung mehrerer Genossen der Rechtsanwalt das Flugzeug noch auf der Rollbahn stoppen. Mahmud ist inzwischen nach Amman abgeschoben worden.

... UND IN DER GANZEN BRD

Araberhetze ist in Hamburg nichts Neues: Als im Februar bei der Strüver-KG, einer Firma, die Stromaggregate für israelische Panzer liefert, eine Bombe explodierte, wurden sämtliche arabische Arbeiter auf bloße Verdächtigungen hin gefeuert; jetzt aber ist eine Hetzjagd gestartet worden, die das Gewesene weit in den Schatten stellt: in der BRD wurden in nur einer Nacht vom 21. zum 22. 9. 150 Araber gefangen, teils sofort ausgewiesen, teils in Abschiebehaf genommen. Die Zahl der Ausgewiesenen hat inzwischen die Tausender-Grenze überschritten!

Allein in Hessen wurden am 27.9. zwischen 20 und 50 arabische Studenten und Arbeiter abgeschoben. Dem hessischen Innenministerium bedeuten diese Personen "ein erhebliches Sicherheitsrisiko". Zum Beispiel die Teilnahme an einer Kundgebung ist Grund zur Abschiebung; die Begründung einer Darmstädter Ausweisungsverfügung lautet: "Sie haben am 25. Mai 1969 an einer Großveranstaltung der El Fatah in Frankfurt teilgenommen. Durch Ihre Teilnahme haben Sie zu erkennen gegeben, daß Sie sich zu einem Personenkreis bekennen, der die Sicherheit der BRD gefährdet. Darüberhinaus gibt Ihre... Teilnahme den Beweis dafür, daß Sie sich mit den von dieser Gruppe ausgehenden und gegen die Sicherheit der BRD gerichteten Terrormaßnahmen identifizieren, so daß durch Ihre Anwesenheit erhebliche Belange der BRD gefährdet werden. Nach den Vorkommnissen, die sich in der letzten Zeit ereignet haben, steht fest, daß Ihre weitere Anwesenheit in der BRD ein so großes Sicherheitsrisiko darstellt, daß es im öffentlichen Interesse der Sicherheit des Staates nicht in Kauf genommen werden darf. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes und unter gleichzeitiger Abwägung Ihrer persönlichen Interessen ist Ihre Ausweisung geboten. Ihre Anwesenheit in der BRD kann nicht länger geduldet werden." Und natürlich fehlt auch nicht die faktische Aufhebung des Rechtsweges. In der Verfügung des Polizeipräsidenten Darmstadt heißt es, daß "hiermit die sofortige Vollziehung und zwangsweise Ausweisung angeordnet" werde und: "Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung". Ein Sprecher des Innenministeriums verwies darauf, daß der Ausgewiesene die Möglichkeit habe, von seinem Heimatland aus bei einem deutschen Gericht "die Wiedererteilung der Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen." Es dürfte unwahrscheinlich sein, daß aus einem jordanischen Folterkeller einmal so ein Gesuch eintrifft.

Die bayerische Polizei schob seit dem 6.9. 180 Araber ab, Nordrhein-Westfalen bereitet eine Sammelabschiebung vor. Aus Bremen werden Abschiebeaktionen gemeldet und hier in Hamburg hält man eine "weitere Liste" schon bereit. Das ganze läuft bestens koordiniert, denn am 13. September einigten sich die Länderinnenminister darauf, das geltende Ausländergesetz "erschöpfend" zu handhaben und Ausländer "häufiger und schneller" -so Hamburgs Innensenator Ruhnau - auszuweisen. Die "erschöpfende" Handhabung fand auch auf den Flughäfen statt. Bis zum 28.9. wurden alle einreisenden Araber durchsucht und verhört; 1500 mußten schließlich sofort die Rückreise antreten.

Parallel dazu lief eine Hetzkampagne in der gesamten bürgerlichen Presse. Die Araber seien ein Volk anderer Mentalität, unanpaßbar an zivilisierte Verhältnisse, schießwütige Barbaren aus dem Osten, auf die die Maßstäbe des Abendlandes nicht zuträfen. Die Aufforderung "Reinigt den Volkskörper von solchen Elementen" war aus den Artikeln der Springer-Presse klar herauszulesen. Hatte das "Informationsblatt zur Inneren Sicherheit" des Innenministeriums noch vor kurzem richtig dargestellt, daß die Ausländerkriminalität unter der Durchschnittskriminalität liege, so behauptete der "Spiegel" nun das Gegenteil. Mit dem Titel "Südländer töten häufiger" stimmte er in die Hetze ein.

Hier wird die alte Sprache und Ideologie des Kolonialismus wieder aufgenommen, der die Welt in zivilisierte und barbarische Völker aufteilt. Es soll einsichtig erscheinen, die barbarischen Völker von ihrer Barbarei zu befreien. Diese Befreiung jedoch heißt nichts anderes als die Unterwerfung der Arbeiter und Bauern und Ausbeutung der Reichtümer dieser Länder. Sie heißt Bekämpfung und Vernichtung der Kräfte, die sich für eine Befreiung ihrer Länder vom imperialistischen Joch einsetzen, der revolutionären Befreiungsbewegungen.

Die Abschiebungs- und Verfolgungskampagne gegen arabische Studenten und Arbeiter ist keineswegs abgeschlossen. In der Bundesrepublik hat sich inzwischen massiver Protest gegen die Abschiebungen erhoben, von humanitären Gruppen wie Amnesty International bis zu großen Teilen der Linken. Gründungen von Komitees in den Wohnheimen zur Organisation praktischer Solidarität und Proteste in den Betrieben gegen Entlassungen arabischer Kollegen haben einen Anfang gesetzt.

Dieses Info soll dazu beitragen, die wahren Gründe des Abschiebungsterrors aufzudecken und zur weiteren Organisation des Widerstandes gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Staatsapparates beizutragen.

IMPRESSUM:

Herausgeber Rote Hilfe Hamburg

KONTAKTADRESSE
2 Hamburg 15, Rappstr. 11
c/o Verein für Recht u. Politik

VERANTWORTLICH
Bernd Küsebier

DRUCK
Jost Schulze

AUFLAGE
1000

SPENDENKONTO
Nr. Dresdner Bank
84539333

MÜNCHEN, DER VORWAND ZUR VERNICHTUNG DER REVOLUTIONÄREN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

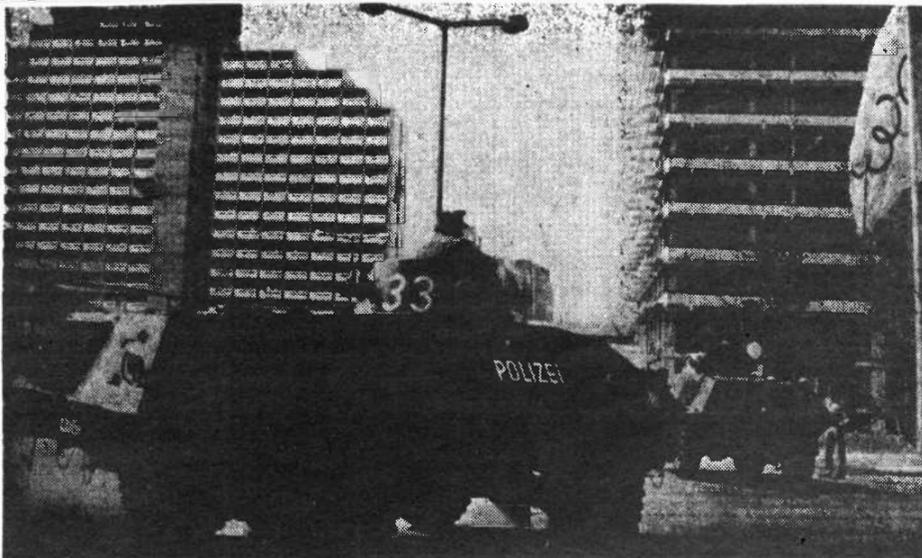
Die Aktion der Guerillaorganisation "Schwarzer September" in München war nur der Auslöser zu einem programartigen Verfolgungsprogramm, das schon vorher existierte. Sie war die publikumswirksame Scheinbegründung einer systematischen Säuberung. Was war in München geschehen?

In den Morgenstunden des 6. September drängen 8 arabische Guerillakämpfer von der Organisation "Schwarzer September" in die Unterkunft der israelischen Sportler im olympischen Dorf ein, wo sie 9 der Sportler - 2 wurden getötet - als Geiseln gefangennahmen.

Die Organisation benannte ihre Aktion nach zwei arabischen Grenzdörfern, deren Bevölkerung vor 24 Jahren aus "Sicherheitsgründen" vertrieben wurde. BEREM und IKRIT sind nur Beispiele jener Evakuierungen, wie es sie nach den Besetzungen des 6-Tage-Krieges in großer Anzahl gab. Die Bevölkerung in den Flüchtlingslagern wird hingehalten mit Versprechungen, sie dürfe wieder zurückkehren, doch anstelle der Dörfer stehen längst israelische Wehrdörfer, die die Vertreibungen endgültig machen sollen.

Die Guerilla geben sofort ihre Forderung, die Freilassung von 200 namentlich genannten palästinensischen Gefangenen im Austausch gegen die Sportler, bekannt.

Die erste Reaktion westdeutscher Behörden besteht in der Abriegelung des Dorfes durch 1000 Soldaten des Bundesgrenzschutzes und der Bereitstellung von 14 Scharfschützen. Der zusammengerufene Krisenstab (Genscher, Merk und Schreiber) nimmt Kontakt zu Israel auf. Israel verweigert die Freilassung der Gefangenen. Es gibt dem Krisenstab den Rat, eine Verlängerung der Fristen zu verlangen und aus taktischen Gründen so zu tun, als sei die Frage noch ernsthaft zu beraten.



Mit diesem Beschluß bestimmt Israel den weiteren Verlauf des Geschehens, die westdeutschen Stellen werden zu Agenten des Knessetbeschlusses, die Ausrottung der arabischen Guerillakämpfer vor aller Welt zu betreiben. Der israelische Geheimdienstchef - Kriegsminister Dajan war auf dem Weg nach München erkannt worden und schleunigst umgekehrt - fährt als Berater nach München. Zu seiner Rolle erklärte Außenminister Eban: "Während der Verhandlungen über das Schicksal der israelischen Geiseln hat Israel jeden möglichen Rat angeboten und die deutsche Entscheidung unterstützt, den Kampf mit den Terroristen aufzunehmen." Münchens Polizeichef Schreiber dazu: "Wir sind dem Rat unserer israelischen Freunde gefolgt." Sicher, hat doch der israelische Geheimdienst, der militanteste Stoßkeil der Konterrevolution in Nahost und Afrika, mit Erschießungskommandos die größte Erfahrung.

Die Erfüllung der Forderung der Palästinenser und der Sportler, in ein arabisches Land ausgeflogen zu werden, ist durch die israelische Haltung von vornherein unmöglich gemacht, obwohl die Guerillas den deutschen Verhandlungspartnern zugesagt hatten, im Falle ihres unbehelligten Abfluges das Leben der Geiseln zu schützen, bis ihre Forderungen erfüllt würden. Sie würden den Geiseln nur dann Leid antun, wenn es aus Gründen der Verteidigung notwendig sei. Nur im Fall eines Angriffs sei mit Gefährdung der Geiseln zu rechnen.

Auf dieses Prinzip der Befreiungskämpfer, Geiseln nicht zu erschließen, baut die israelische Gewalttaktik. Schon bei dem Überfall auf ein von Guerillas besetztes SABENA-Flugzeug in Lod stiftete Dajans Erschießungskommando nur deshalb nicht mehr Schaden, weil die Befreiungskämpfer keine Geiseln erschossen.

Man entschließt sich, die Forderung der Guerilla als Vorwand zu benutzen, die Palästinenser mit ihren Geiseln auf den Flughafen Fürstenfeldbruck zu locken, wo die Bedingungen zu einem Feuergefecht bereits hergestellt sind. Man ist sich klar darüber, daß der Versuch zur Befreiung der Geiseln nicht erfolgreich sein kann. Schreiber in einem Interview: "Die Geiseln waren bereits zum Tode, als die Hubschrauber landeten."

Es bestätigt sich in den folgenden Ereignissen, daß die Verantwortlichen die Liquidierung der Palästinenser ohne Rücksicht auf das Leben anderer geplant hatten. Die Ereignisse in München zeigen deutlich, daß die Vergeltungsschläge Israels gegen arabische Gruppen auch vom westdeutschen Unterdrückungsapparat ausgetragen werden, der Kampf des Geheimdienstes und der Armee Israels und der Kampf der westdeutschen Bürgerkriegsarmeen ist ein Kampf. Sie sagen Kampf gegen den Terrorismus und meinen den Kampf gegen die gesamte revolutionäre Bewegung. Für die Bundesregierung bedeutete der Schritt zur offenen Gewalt die Zerstörung des Schauspiels der völkerverbindenden Olympiade im friedliebenden Deutschland. Die Absicherung ihrer Interessen im Nahen Osten beruht jedoch auf dem gemeinsamen Kampf mit Israel gegen die Befreiungsbewegung und der Intensivierung des Kapitalexports in die arabischen Länder. Und bei aller Entrüstung bekundete Scheel die Absicht: "Auch nach den tragischen Ereignissen von München die Beziehungen zwischen der BRD und den arabischen Staaten weiter auszubauen." Israels Führer indes sind zufrieden. Golda Meir und Aba Eban danken den deutschen Behörden für ihre Gewaltaktion und verkünden - noch in tiefer Trauer über den Tod der Geiseln, den sie selbst verschuldet haben - das Programm der massiven Vergeltung. So schreibt die israelische Zeitung Maariv: "Wir wollen nicht Gerechtigkeit und Rache, wir wollen jenen den Arm abschlagen, die uns bedrohen... Dies ist keine Periode der Verurteilung oder Beileidsbezeugung der Welt, sondern eine Ära der Liquidierung der Guerilla."

Wirkliche Wiedergutmachung müßte dem israelischen Volk zugute kommen und nicht den israelischen Kapitalisten. Aber die Voraussetzung dafür ist ein freies Palästina.

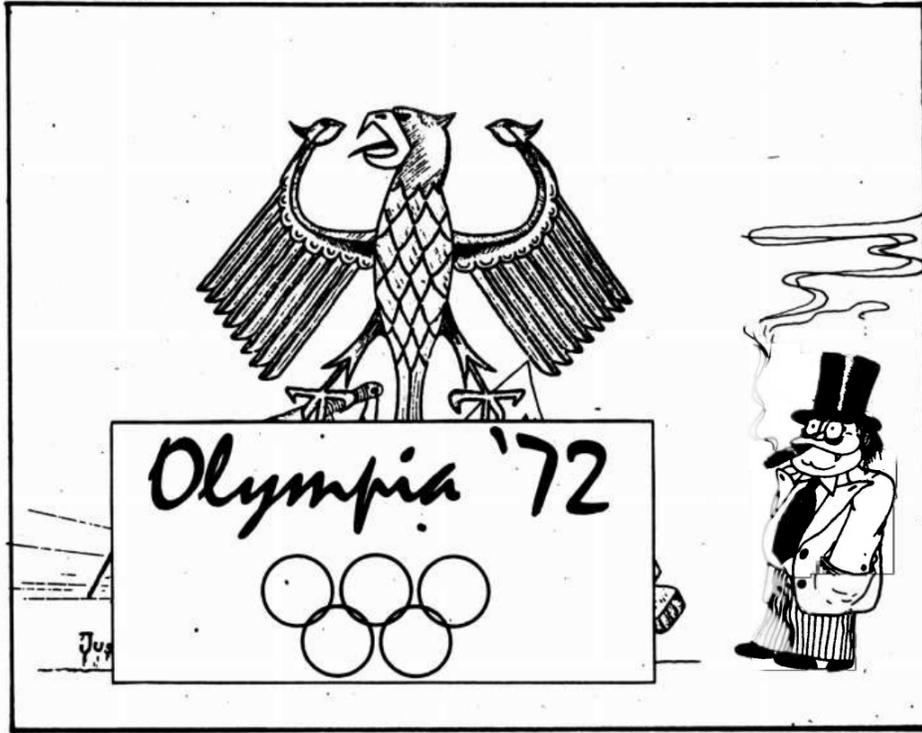
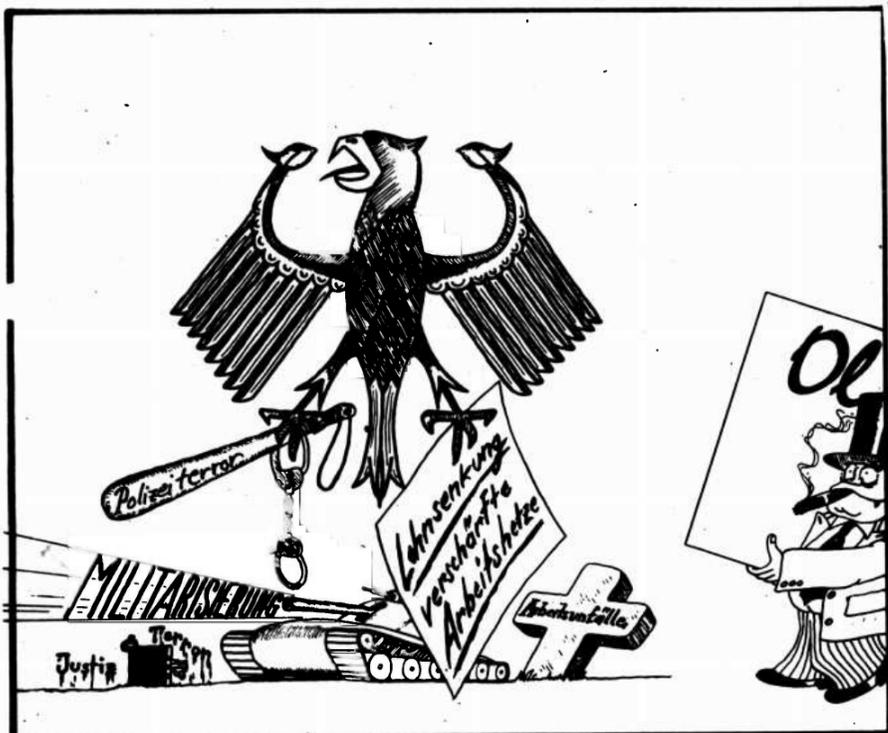
Wirkliche Wiedergutmachung müßte dem israelischen Volk zugute kommen und nicht den israelischen Kapitalisten. Aber die Voraussetzung dafür ist ein freies Palästina.

Wirkliche Wiedergutmachung müßte dem israelischen Volk zugute kommen und nicht den israelischen Kapitalisten. Aber die Voraussetzung dafür ist ein freies Palästina.

Wirkliche Wiedergutmachung müßte dem israelischen Volk zugute kommen und nicht den israelischen Kapitalisten. Aber die Voraussetzung dafür ist ein freies Palästina.

Wirkliche Wiedergutmachung müßte dem israelischen Volk zugute kommen und nicht den israelischen Kapitalisten. Aber die Voraussetzung dafür ist ein freies Palästina.

Wirkliche Wiedergutmachung müßte dem israelischen Volk zugute kommen und nicht den israelischen Kapitalisten. Aber die Voraussetzung dafür ist ein freies Palästina.



ISRAEL ORGANISIERT DIE AUSROTTUNG:

Schon während der Münchener Ereignisse kündigt Golda Meir massive Vergeltungsschläge an mit dem Endziel der völligen Ausrottung aller Terroristen. Während in München die Olympiagäste die Trauermasken aufsetzen, der stellvertretende Ministerpräsident schon während der Trauerfeier Vergeltung predigt, hat Israel schon längst seinen Überfall auf Syrien begonnen. In ersten Operationen dringen sie ohne größeren Widerstand in das Nachbarland ein.

Zwei Tage später, am 8. September, fliegen israelische Flugzeuge den schwersten Angriff seit dem 6-Tage-Krieg, der Schlag gegen die Terroristen" erweist sich im Dorf Hameh als Angriff auf Ausflügler, die zu einem islamischen Fest pilgerten. Mit Napalm und Raketen werden 60 von ihnen zusammengebombt. Auch der Schlag gegen das 2000 Bewohner große Dorf Rafid richtet sich fast ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung. Das Fazit: 7 Flüchtlingslager in Syrien und drei Dörfer im Libanon sind schwer zerstört, über 300 bombardiert. Eine Kurzinvasion mit Luftwaffenunterstützung nach dem Libanon am 13. September soll die libanesischen Regierung zwingen, gegen die Guerillakämpfer im eigenen Land vorzugehen. Die Vergeltungsangriffe werden bis zum 16.9. fortgesetzt.

Diese Vergeltungsaktion nach München macht einmal mehr die Rolle Israels als Speerspitze gegen die revolutionären Befreiungsbewegungen deutlich. Israels Geheimdienst ist tätig in ganz Afrika und führt die Geschäfte des CIA weiter, wo dieser entlarvt ist. 75% der Kapitalanlagen Israels sind in ausländischem Besitz, die USA und die EWG-Staaten haben sich eine Submetropole geschaffen.

50% des israelischen Staatshaushaltes werden für Kriegsmaterial ausgegeben. Zur Verschleierung dieser Tatsachen dient in Israel der Zionismus, das nationalistische Sendungsbewusstsein, das das israelische Volk und die Herrschaftsklasse auf mysteriöse Weise vereinen soll. Diese Ideologie ist Vorwand für die "Blut- und Bodenpolitik" Israels. Und in Deutschland ist nach den schlimmen Folgen des Antisemitismus das Thema der israelischen Aggression tabu. Unter dem Deckmantel des Philosemitismus und der Wiedergutmachung unterstützt die BRD die israelische Agentenrolle.

VERGELTUNG MIT NAPALM ...

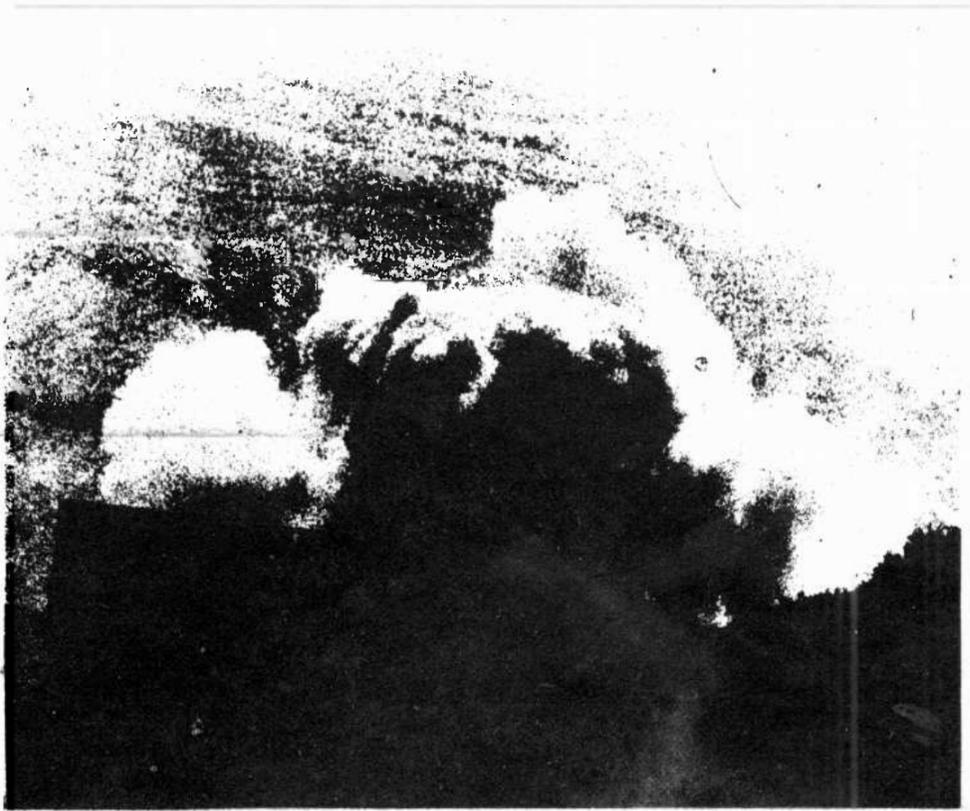
München war also nur Vorwand, die Vernichtung des revolutionären Befreiungskampfes international zu propagieren und zu organisieren. Vereint forderten Nixon, Brandt und Eban ein "internationales Abkommen zur Niederschlagung des "Terrors". Sie flankierten die Vernichtungswelle mit einer diplomatischen Kampagne bis zu den Vereinten Nationen.

Aber hinter der Hektik der Aufrüstung gegen die Befreiungsbewegungen steht die Angst der Ausbeuter, daß ihre Zeit bald abgelaufen sein könnte. Auch in Israel ist die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse gestiegen. Mit Streiks reagieren die Arbeiter auf die dauernde Kriegswirtschaft, die in ihrer Abhängigkeit vom US- und EWG-Kapital von jeder Krise doppelt hart getroffen wird. Deshalb ist die israelische Kapitalistenklasse an der Erhaltung des nationalistischen Zionismus besonders interessiert. Die Predigt des Zionismus und die paramilitärische Organisation der gesamten israelischen Bevölkerung sind der geeignete Hintergrund für das Entstehen militanter zionistischer Stoßtrupps. So wurde in Israel beim Industriellen Feglin ein Waffenlager ausgehoben. Feglin versuchte Terrortrupps zu organisieren. Der Führer der "Igrund", "Begin", will Terrortrupps gründen, die gegen Araber in Europa eingesetzt werden sollen. Er hat ohnehin Erfahrung mit Terroraktionen. Während des 2. Weltkrieges schlug er im Namen der NMO, einer militanten Zionistenorganisation, Hitler ein Bündnis vor: "Die NMO ist der Ansicht, daß ... die Einrichtung des ... Judenstaates auf nationaler und totalitärer Grundlage ... im Interesse der Wahrung und Stärkung der zukünftigen deutschen Machtposition im Nahen Osten sei." Bereits am 6. September bedrohte die "Jüdische Verteidigungsliga JDL" von ihrem amerikanischen Hauptquartier aus "arabische Diplomaten der ganzen Welt" mit Attentaten. Ihr Führer Meir Kahane sprach von "Gegenterror unter Anwendung brutalster Mittel". Seine Organisation will ihre Kämpfer bei der israelischen Armee ausbilden lassen.

Auch Hamburg hat Erfahrung mit zionistischen Terrortruppen. Als im Juni 1969 Asher Ben Natan im Auditorium Maximum der Universität sprach, verprügelten die vom Kaufmann Katz angeführten Gardien anwesende Araber und bedrohten sie mit Messern.

...UND ZIONISTISCHEM TERROR

Und am 22. September erhielten wir einen Vorgeschmack von der neuen Qualität des zionistisch maskierten Terrors. Der Manifestbuchladen, der schon Ziel der Angriffe von ZDF-Löwenthal und der Springerpresse war ("Bomben über den Ladentisch"), wurde von 2 israelischen Nationalisten aufgesucht, die anfangen, ein Plakat abzureissen und die Fensterauslage zu zerstören. Sie versuchten mißliebige Bücher aus den Regalen zu werfen und bedrohten die Verkäufer. Sie erklärten den Laden wegen seiner Stellungnahme zu den arabischen Befreiungsbewegungen zum Kriegsgegner und Objekt israelischer Aktionen und drohten mit einem Sprengstoffanschlag. Sie verschwanden anschließend mit einem Auto der Politischen Polizei. Später wurde der Manifestbuchladen von ihnen und von uniformierten deutschen Polizisten beobachtet. Die Verbindung zwischen deutscher Polizei und israelischen Terrorgruppen könnte deutlicher nicht sein. In der Nacht zum 28.9. wurde eine Brandbombe vor der Ladentür abgestellt. Die Explosion konnte verhindert werden, der Täter, ein israelischer Staatsangehöriger, gefaßt werden. Ziel der Drohungen und des Anschlages war eindeutig, Informationen über die Rolle Israels im Nahen Osten und zum gerechten Kampf des palästinensischen Volkes zu verhindern.



Erst auspressen - dann abschieben

Die Münchener Ereignisse waren letzter Anstoß einer längst geplanten und vorbereiteten Kampagne neuer Art. Sie dienten als Vorwand für die jetzt ablaufende Pogromhetze gegen die arabischen Studenten und Arbeiter. Der gigantische Propagandaapparat, die zentralisierte Gleichschaltung von Presse, Rundfunk und Fernsehen zu den olympischen Spielen ermöglichte die sofortige Inangriffnahme und Durchführung der Kampagne.

Entlassungen der Redakteure in den Rundfunkanstalten zur Ausschaltung der politischen Sendungen für ausländische Arbeiter waren voll angelaufen; die Bespitzelung palästinensischer Genossen und ihrer Organisationen hatte schon zuvor gewaltig zugenommen; das Ausländergesetz und die noch nicht verabschiedeten Zusätze ("Querschnittsgesetz") wurden längst praktiziert.

"Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit" wird als Ziel dieses Gesetzes genannt. Das bedeutet nichts weiter, als Unterdrückung der gemeinsamen Kämpfe von ausländischen und deutschen Arbeitern im Inneren durch einen gewaltig ausgebauten Unterdrückungsapparat sowie Verfolgung und Liquidierung von revolutionären Organisationen, die die äußere Expansion des BRD-Kapitals behindern.

Daß in der BRD gerade jetzt verstärkt versucht wird, die "innere und äußere Sicherheit" zu festigen, zeigt die tiefe ökonomische und politische Krise an, in die die Herrschenden geraten sind.

Spätestens seit der Rezession 1966/67 ist offen zutage getreten, daß dem Wirtschaftswunder, das stets nur ein Wirtschaftswunder für das Kapital gewesen ist, ein Ende gesetzt ist. Durch brutale Unterdrückung der Arbeiterkämpfe war es zuvor dem Kapital gelungen, Profite zu machen, wie sie in ihrer Größenordnung und ihrem Entwicklungstempo ohnesgleichen im EWG-Rahmen hatten. Die Arbeitsproduktivität war sprunghaft in allen Industriezweigen gestiegen; die Löhne der Arbeiter sanken jedoch im Vergleich zu den riesenhaften Profiten.

So konnte die Fülle selbstproduzierter Konsumgüter von den Arbeitern meist nur um den Preis zusätzlicher starker Belastungen durch Überstunden erkaufte werden.

Der Arbeitsmarkt wurde von den Herrschenden so organisiert, daß eine möglichst große Auslastung der Produktivkräfte garantiert war. Zu diesem Zweck wurden ausländische Arbeiter in die Betriebe geholt. Arbeiter, die sich im leistungsfähigsten Alter befanden, die mobil gehalten wurden, heute hier und morgen dort zu arbeiten. Der Großteil an Unterhaltskosten für Kinder, Jugendliche und Alte ebenso wie die Ausbildungskosten für die Arbeiter wurden eingespart.

Daß die zurückgebliebenen Familien der ausländischen Arbeiter auch von den Löhnen zu unterhalten waren, das war kein Problem für das westdeutsche Kapital.

Rationalisierung und Automatisierung in der westdeutschen Wirtschaft ließen sich jedoch nicht so ohne weiteres fortsetzen, da sie einen ungeheuren Einsatz von Kapital erfordert hätten. Jede weitere Automatisierung bedeutet zudem eine Verringerung der Anzahl der Beschäftigten. Aus den verbleibenden ausländischen und deutschen Arbeitern hätte sicher nicht soviel Profit herausgepreßt werden können, um die neuen Maschinen und Anlagen zu finanzieren.

So begann die westdeutsche Wirtschaft offen an ihre Grenzen zu stoßen.

Ein Ausweg aus der Krise bot sich im verstärkten Kapitalexport, der seit 1968 einsetzte. Die Ausbeutung der Rohstoffe, die Ausnutzung der billigen Arbeitskräfte in den Ländern am Rande Europas und in der "Dritten Welt" waren eine Möglichkeit, Extraprofite zu erlangen und die Krisensituation zu bekämpfen. Daß dieses nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den reaktionären bis faschistischen Regimes dieser Länder, sowie der Niederschlagung des Versuchs der unterdrückten Völker, sich von Armut und jeder Ausbeutung zu befreien, verbunden war, konnte das BRD-Kapital kaum kümmern.

Für die BRD plante man die rücksichtslose Rationalisierung und Stilllegung unrentabler Industriezweige und Betriebe, sowie eine gewaltige Steigerung der Arbeitshetze. So stellte das Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft, dem paritätisch Gewerkschaftsvertreter, die Interessenverbände der Industrie und Regierungsvertreter angehören, einmütig fest: Nur solche Veränderungen in den Betrieben seien zu empfehlen, die ohne große Kapitalinvestitionen eine größere Arbeitsleistung garantieren.

Empfohlen wurde also die Ära der gewaltigen Steigerung der Arbeitshetze. Durch die Arbeitswissenschaften (Psychologie, Soziologie und Medizin) sollten die Ausbeutungsmethoden noch weiter verfeinert werden.

Genauere arbeitsphysiologische Untersuchungen wurden angestellt, um die maximale Belastbarkeit der Arbeiter auszukundschaften. Betriebspsychologen wurden eingesetzt, um einen scheinbaren Betriebsfrieden zu erhalten und "analytische Arbeitsplatzbewertung" durchzuführen, die durch die Bewertung jedes einzelnen Arbeitsplatzes nach einem Katalog von Kriterien (von Pünktlichkeit und Sauberkeit bis Belastung) die Spaltung der Arbeiter in die verschiedensten Lohnkategorien zu erreichen und gemeinsame Kampfaktionen zu verhindern. Zunehmend wurden die Arbeiter außerdem gezwungen, Überstunden oder Doppelschichten zu machen.

Die ausländischen Arbeiter mußten nicht nur viele Überstunden machen. Ihnen wurde befohlen, die schmutzigsten und schwersten Arbeiten zu verrichten. Ihre mangelnde Erfahrung, Sprachschwierigkeiten, Isolation und massiver Druck von oben dienten dazu, sie zur Steigerung der Akkordhetze einzusetzen. Zahlung niedrigerer Löhne an ausländische Arbeiter und Einsatz als Streikbrecher sollten zur Spaltung der westdeutschen Arbeiterklasse führen.

Die mörderische Arbeitshetze, die Angriffe auf die vitalen Interessen der Arbeiter drückten sich in einer rapiden Steigerung der Frühinvalidität aus. Die Anzahl der Betriebsunfälle stieg an. (Betriebsunfälle ereignen sich alle drei Sekunden in der BRD, sie treffen ausländische Arbeiter mehr als doppelt so oft.)

Trotz intensiver Bemühungen der Herrschenden, den "Betriebsfrieden" zu wahren, setzten sich die Arbeiter zur Wehr. Spontane kollektive Verweigerungen der Leistungsmessungen in den Betrieben kamen häufiger vor. Die Streiks im September 1969 in der Eisen- und Stahlindustrie fanden in einer Branche statt, in der zuerst mit der Brutalisierung der Arbeitshetze durch die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung begonnen worden war.

Die krisenhafte Entwicklung der Herrschaft des Kapitals ist fortgeschritten: die Weltwährungs- und die Inflation in allen kapitalistischen Ländern sind nur Anzeichen des globalen Ausmaßes dieser Krise.

Politische Kettung der Arbeiterklasse und Steigerung der Ausbeutung ist das Ziel des international organisierten Kapitals. So gehen Lohnstopp oder Lohnleitlinien einher mit der Bildung nationaler Gewerkschaftsverbände (z.B. in Italien und England), Angeboten der Mitbestimmung und der Vermögensbildung.

Auch außerhalb der Betriebe inszenieren die Herrschenden verschiedene Manöver, um sich zu sanieren. So wird über Erhöhungen der Lohnabzüge, wie etwa bei der Krankenversicherung, versucht, die Teile der sogenannten Sozialfonds zu erhöhen, die dann vom Staat eingesetzt als Kapitale arbeiten. Aus ihnen werden die "Konjunkturspritzen" bestritten, die als Subventionen an die Industrie gehen, oder vom Staat selber für Investitionen eingesetzt werden. Während sich die Lebensbedingungen der Arbeiter immer mehr verschlechtern, werden ihre "Sozialabgaben" also zur Stützung der Wirtschaft verwendet.

Was kann für das Kapital da günstiger sein, als möglichst viele Arbeitskräfte zu haben, die die Sozialfonds kaum in Anspruch nehmen, d.h. die unter den schlechtesten Lebensbedingungen existieren. Diese Bedingungen erfüllen gerade die ausländischen Arbeiter. Und zur Wahrung dieses Zustandes war auch der rheinlandpfälzische und bayrische Erlass zum 1. Oktober 1972 zu verstehen. Er schränkt die Möglich-



Im „Badezimmer“ waschen sich zwei Gastarbeiter ihre Hemden

keit der ausländischen Arbeiter, auch ihre Familien in die BRD mitzubringen, noch mehr ein.

Sie sollen Wohnungen vorweisen können, die in Größe und Ausstattung "den durchschnittlichen Anforderungen vergleichbarer deutscher Arbeitnehmer entsprechen", zudem einen Mietvertrag, der dieses schriftlich dokumentiert, und ein gesichertes Arbeitsverhältnis. Begründet wurde dieser Erlass mit der Möglichkeit der "übermäßigen Belastung z.B. von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern durch die Zuwanderung einer großen Zahl ausländischer Familien". Niedrige Löhne, nur ein Jahr laufende Arbeitsverträge und Mietwucher machen es wohl den meisten ausländischen Arbeitern unmöglich, diese Bedingungen zu erfüllen. Die staatlich kontrollierten Sozialfonds dienen auch der Aufrechterhaltung der Legende der Vollbeschäftigung. Denn obgleich Entlassungen und Betriebs-schließungen an der Tagesordnung gewesen sind, stieg die Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich. Neben wohllosierten Umschulungen der Arbeiter für andere Industriezweige wird ein anderer erheblicher Teil in den sich aufblühenden staatlichen Dienstleistungssektor übernommen. Obwohl in diesem Bereich kein Profit geschaffen wird, muß zur Rettung der Vollbeschäftigung ein nicht geringer Teil der "Konjunkturspritzen" dafür aufgewendet werden.

All das bedeutet für die Arbeiter Dequalifizierung und Verschlechterung der Lebensbedingungen. Für das Kapital bedeutet die staatliche Investition in

„UND HIER
KÖNNEN WIR
NOCH
DREI ITALIENER,
SECHS
GRIECHEN
ODER
ZWÖLF TÜRKEN
INTEGRIEREN...“



den unproduktiven Sektor (Dienstleistungen u.s.w.) nur eine Verschleppung der Krise, eine Vertuschung der Widersprüche und nicht deren Aufhebung.

Die jetzige Regierungskrise spiegelt die tiefe wirtschaftliche Krise des Kapitals wieder.

Trotz aller Differenzen über den einzuschlagenden Weg aus der Krise heraus, trotz großer Wahlkampfstreitigkeiten sind sich die Parteien in einem längst einig gewesen:

Die Klassenherrschaft des Kapitals muß aufrechterhalten werden! Und in diesem Sinne haben sie auf allen gesellschaftlichen Ebenen gemeinsam und in zunehmender Hektik aktuelle und vorbeugende Unterdrückungseinrichtungen geschaffen.

Sie haben gemeinsam die Notstandsgesetze erstellt, die eine umfassende Überwachung aller Bewegungen in der Bevölkerung legalisieren und den Einsatz der Bundeswehr in Straßenkämpfen und gegen Massenbewegungen ermöglichen.

Sie haben gemeinsam das Berliner Handgranatengesetz verabschiedet, das die Polizei als Bürgerkriegsarmee vorsieht, abzulesen an der Ausrüstung mit Granaten, Panzerwagen, e.t.c. Zur Legalisierung einer Bürgerkriegsarmee dient auch das Bundesgrenzschutzgesetz.

Und sie haben folgerichtig auf Innenministerbeschluss der Länder und des Bundes eine Spezialeinheit von Scharfschützen zur Bekämpfung von "Terroristen" eingerichtet. Gemeinsam haben sie die Zentralisierung des Polizeiapparates betrieben sowie die Errichtung zentraler Behörden wie das Bundeskriminalamt. Der Verfassungsschutz wird effektiviert, ausgebaut und seine Kompetenzen erweitert.

Auch in den Betrieben versuchen die Herrschenden nicht nur über verstärkte Bildung von Betriebsgruppen der Regierungsparteien die Arbeiterklasse zu spalten, nicht nur über das neue Betriebsverfassungsgesetz die kommunistische politische Betätigung zu verhindern. Der systematische Ausbau des Werkschutzes spricht eine deutliche Sprache. Die Bewaffnung reicht von Revolvern über Handgranaten - diese nur im "Notfall" einzusetzen, wie Dr. Heinrichs in dem "Ratgeber für den Werkschutz" empfiehlt - bis hin zu gepanzerten Fahrzeugen wie bei VW.

Auch in den Ausbildungseinrichtungen werden Rationalisierungen über Unterdrückung und Disziplinierung durchgesetzt. Über den Hamburger Senatserlaß, der

inzwischen in allen Bundesländern angewendet wird, sollen kommunistische Lehrer aus den Schulen ausgeschaltet werden, über das Ordnungsrecht an den Universitäten soll das reibungslose Ablaufen des Numerus-Clausus abgesichert und eine politische Vorbereitung und Diskussion der späteren Berufspraxis verhindert werden.

Die herrschende Klasse hat aus der Geschichte der Klassenkämpfe gelernt. Sie hat die Häufung spontaner Arbeitsverweigerungen, u.a. den Boykott der BMW-Arbeiter, ebenso registriert wie die teilweise militanten letzten Tarifauseinandersetzungen in der Metall- und Chemiebranche. Und sie hat aufmerksam die nicht selten initiative Rolle der ausländischen Arbeiter in diesen Konfrontationen beobachtet, die Kampffront von ausländischen und deutschen Arbeitern.

Denn die Emigration dient nicht selbsterklärend als Waffe in der Hand der Kapitalisten. Sie kann ebenso der Entfaltung des Arbeiterkampfes dienen: Die Internationalität der Ausbeutung und damit die Notwendigkeit der internationalen Organisation der Arbeiterklasse werden deutlich. Klassenkampf Erfahrungen aus anderen Ländern können vermittelt werden. Die extreme Lage der ausländischen Arbeiter führt zu einer politischen Radikalisierung gegen ihre Ausbeuter.

Der Werkschutz hat für die politische Bewußtheit und Aktivität ausländischer Arbeiter eine andere Erklärung: "Eine zweite Sorge erwächst daraus, daß die meisten ausländischen Arbeiter nicht verheiratet sind oder von ihren Familien getrennt leben. Das wiederum ist die Erklärung dafür, daß die fremden Gäste in ihrer Freizeit - ohne die Basis eines Familienheims - viel mehr als andere dem Einfluß von politischen Argumenten unerwünschter und staatsabträglicher Richtung seitens bestimmter Agitatoren ausgesetzt sind, mögen sie nun durch Wort, Schrift oder Rundfunkpropaganda wirksam werden. Diese Anfälligkeit ist deshalb nicht zu verharmlosen, weil die angesprochenen weniger kritisch als deutsche Arbeitnehmer reagieren und - weil lebhafter, spontaner, beweglicher - mit einfacheren Programmen für Ideen bestimmter Art leichter zu begeistern sind." (Ratgeber für den Werkschutz) Es wird daher ein strengeres Vorgehen gegen ausländische Arbeiter empfohlen: "So kann ein rauher energischer Ton, der sich bei deutschen Arbeitskräften verböte, gegenüber ausländischen Arbeitern durchaus

angebracht sein."

Die Ausländerpolizei hat andere Mittel bereit: Bespitzelung, Drohung und Abschiebung sind ihre Antwort. Mit dem 1965 verabschiedeten Ausländergesetz und dem in diesem Jahr vorbereiteten ergänzenden "Querschnittsgesetz" hat sie praktisch ein Ermächtigungsgesetz in der Hand.

Wer unliebsam oder unrentabel ist, kann jederzeit abgeschoben werden.

Das neue "Querschnittsgesetz" zielt aber nicht nur auf die Verhinderung und absolute Unterdrückung jeglicher politischen Aktivität ausländischer Arbeiter und ausländischer revolutionärer Organisationen ab, durch das Versammlungsrecht werden auch spontane Solidaritätsdemonstrationen und Proteste illegalisiert. Es erfaßt ebenso westdeutsche Gruppierungen, die sich mit den Zielen der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt solidarisieren und sie unterstützen.

Mit dieser Verbotskampagne gegen ausländische und westdeutsche politische Gruppierungen ist eine neue Verfolgungs- und Unterdrückungswelle eingeleitet worden. Die internationale Organisation des Klassenkampfes soll schon im Keim erstickt werden. Denn die Absicherung der wirtschaftlichen Beziehung z. B. zum Nahen Osten sind für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals lebenswichtig, sind "erhebliche Belange", wie es im § 6 des Ausländergesetzes heißt: als "erhebliche Belange" sind besonders die "innere und äußere Sicherheit ..." anzusehen. (Vorschrift zu § 15 I, Nr. 11 Ausländergesetz) Was das für den Nahen Osten und für die BRD bedeutet, haben wir erlebt. Abschiebung, Bombardierung palästinensischer Lager und Niederwalzung von Dörfern sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Daß eine möglicherweise breitere Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen erfolgt, revolutionäre Gewalt am Ende auch in der BRD bejaht wird, das fürchten verständlicherweise die Herrschenden und schreiben selbst dazu: "Wir müssen uns für die Zukunft aber an den Gedanken gewöhnen, daß es nach der Baader-Meinhof-Bande weitere Organisationen dieser Art geben wird, die nicht die Fehler dieser Gruppe begehen werden ... Erst durch solche Gruppen entsteht eine Gefahr für den Staat. Deshalb muß für die zukünftigen Fälle geplant werden." ("Die Polizei", Heft 7, Juli 1972)

Israel - Kettenhund des Imperialismus im Nahen Osten

Am 16. September griff die israelische Armee den Libanon an, zerstörte zahlreiche Häuser, ermordete mehr als 100 Zivilisten ... Durch diesen Feldzug - der größte seit dem Juni-Krieg - sollte die libanesische Regierung gezwungen werden, ihre "Unterstützung" bzw. "Duldung" der Palästinenser abzubauen, weil sie Terroristen seien bzw. die Terroristen unterstützen würden, die Israel angreifen. Wie können wir aber einer solchen Begründung glauben, wenn ein Völkermörder wie Nixon nicht vor der Bezeichnung "Gesetzlose übelster Sorte" zögert, wenn diese Begründung schon tausendmal hier angewandt wurde - zur Rechtfertigung der Ausweisung von Arabern? Nach einigem Zögern hat sich die libanesische Regierung der Erpressung gebeugt und versucht jetzt, die Palästinenser mit aller Schärfe zu kontrollieren. Daraufhin konnte man in der "Süddeutschen Zeitung" vom 18. September lesen: "Wenn die Berichte zutreffen, dann hat die israelische Aktion ihr Ziel erreicht: dann werden die Zivilisten entlang der Grenze - Israelis wie Libanesen - wieder in Ruhe leben können."

Die Palästinenser seien also "Friedensstörer". Der Staat Israel sei der Kläger, den man verteidigen müsse. Es wird behauptet, die Gründung des Staates Israel sei eine richtige Lösung für die Leiden des jüdischen Volkes gewesen, das endlich von der Unterdrückung, von der Verfolgung befreit wäre. Die Judenfrage wird also als ein besonderes Problem dargestellt, wo sie doch in Wahrheit nur ein Beispiel davon ist, daß der faulende Imperialismus beim Kampf um sein eigenes Überleben weder vor der Vertreibung und Unterwerfung ganzer Völker und Minderheiten haltmacht, noch die Interessen der Kleinbourgeoisie, deren Bestandteil die jüdischen Kleinhändler und Handwerker waren, berücksichtigen kann. Die Lösung der "Judenfrage" wird dementsprechend nicht in der Befreiung vom Imperialismus gesehen, sondern in der scheinbaren Alternative der "nationalen Wiedergeburt, der Schaffung einer jüdischen Heimstätte". Man läßt uns glauben, daß die Gebiete, die die Zionisten für sich nahmen, nur aus Wüste bestanden. Der Jude Ahad Haam erzählte

aber nach einer Reise in diese Gegend: "Von Außen tendieren wir dazu, zu glauben, daß Palästina jetzt ein fast entvölkertes Land sei, eine Wüste, wo jeder soviel Land, wie er will, kaufen könnte. Die Wirklichkeit ist ganz anders. Es ist schwierig, in diesem Land ein Stück bebaubaren Bodens zu finden, der brach liegt." Um ihre nationalistischen Ziele zu verwirklichen, schreckten die Zionisten vor keinem Mittel zurück: sie kauften das Land von den Großgrundbesitzern und jagten die Bauern weg, indem sie Häuser sprengten, die ganze Bevölkerung einiger Dörfer massakrierten, um ein "Exempel" zu statuieren. So wurden 700 000 Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben, und mit der Proklamation des Staates Israel am 14. Mai 48 erreichte die zionistische Machtentfaltung die

offizielle Anerkennung. Die unaufhörlichen Eroberungen Israels riefen eine breite Befreiungsbewegung hervor, die von den arabischen Massen unterstützt wurde, so daß Israel sich 1967 genötigt fühlte, durch einen Krieg sie zu zerschlagen - direkt und indirekt, indem diesen Massen bewiesen werden sollte - was tatsächlich geschieht - daß die arabischen Regierungen nicht erfolgreich gegen den Staat Israel kämpfen können. Die Eroberung neuer Territorien sollte auch das Mittel zur Überwindung der inneren Krise sein: 1965-66 entwickelte sich trotz der Spenden verschiedener Länder (USA, BRD ...) eine ökonomische Krise, die sich in der Stagnierung des Sozialprodukts, in der Steigerung der Arbeitslosenrate (1966: 10,3 %) ausdrückte. Dadurch war für manchen Juden zu er-



Von einem israelischen Panzer einfach plattgewalzt. Eine libanesische Familie, die fliehen wollte, fand in diesem Auto den Tod

kennen, daß das Versprechen der Zionisten sich nicht verwirklicht hatte: durch ihre Einwanderung hatten sie sich nicht von jeder Unterdrückung befreit, sondern sie mußten genau so wie früher zusehen, wie wenige Reichtum und Macht besaßen; dadurch entlarvte sich die klassenverhöhnliche Ideologie der "jüdischen Arbeit". Und weder die Histadrut - zugleich Unternehmer und quasi Pflichtgewerkschaft - noch das brutale Zerschlagen jedes Protests konnten die "nationale Einheit" vor dem Abbröckeln schützen. Da blieb nur ein Mittel übrig: die Aktualisierung der äußeren Gefahr durch den Anfang des Krieges sollte den engen Zusammenschluß der Nation wiederherstellen.

Die Besetzung neuer Gebiete brachte auch viele ökonomische Vorteile mit sich: Die Ausbeutung der Ölvorkommen auf der Sinaihalbinsel ermöglichte Israel, schon 1968 seine Erdölimporte um ca. 1/3 zu reduzieren (Weinstock: Le sionisme contre Israel); Durch die Eroberung von Gaza, der Golanhöhen, Sinai West und Jordanien erhielt Israel neue Absatzmärkte (1 Million neuer Konsumenten) und billige Arbeitskräfte; der Tourismus ist gestiegen, da jetzt alle "Heiligen Stätten" unter der alleinigen Kontrolle Israels stehen.

Daher verhielt sich die israelische Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung genauso grausam wie früher: Vertreibung, Massaker. Als die Flüchtlinge dann an den Jordan kamen, wartete dort schon die israelische Armee auf sie. Es existiert ein Augenzeugenbericht eines israelischen Soldaten: "Nacht für Nacht überquerten die Araber in westlicher Richtung. Wir sperren die Furten und hatten Befehl, ohne Warnung zu schießen. Jede Nacht schossen wir auf Männer, Frauen, und Kinder."

Vor allem aber ist der Kriegszustand insgesamt zu gefährlich geworden, da er eine breite Massenbewegung in verschiedenen Staaten hervorgerufen hat (z. B. Libanon, Ägypten), die sich gegen die kapitulantenhafte Politik ihrer Regierungen wendet: so gab es in Ägypten mehrmals große Streikausbrüche und Versuche, sich selbst zu bewaffnen und zu organisieren, die jedoch wegen der mangelnden politischen Führung durch gewaltsame Unterdrückung und neue Versprechen bis jetzt zerschlagen werden konnten.

Für die Imperialisten ist also eine "friedliche" Lösung notwendig geworden, was Israel nicht paßt, weil Frieden gleichbedeutend ist mit Verringerung der ausländischen Kredite und Zurücknahme von besetzten Gebieten. Daher versucht Israel jetzt eine Stärkeposition zu erhalten und bereitet sich auf neue Kämpfe vor. Es wäre auch falsch, zu glauben, Israel würde nie einen Friedensvertrag abschließen. Nur: er müßte ihm die arabischen Märkte eröffnen, damit Waren und Kapital exportiert werden können (z. Z. exportiert Israel vor allem nach Afrika, wo es Aufträge für die USA und andere imperialistische Mächte übernimmt, in der Form von "Beratern, Geheimdienstlern, Spezialtruppen zur Bekämpfung der Guerilla ...").

Nach Meldungen aus Kairo wollen sich die beiden Supermächte über eine friedliche Regelung verständigen: wie die USA hat nämlich die UdSSR Interesse daran, ihre Einflusssphären zu behalten, und eine Entwicklung der Befreiungsbewegungen würde die kleinbürgerlichen Regimes gefährden, also ihre Positionen dort - wie z. B. im Irak - ins Wanken bringen.

Die Friedensvorschläge zeichnen sich alle dadurch aus, daß sie nur über Grenzänderungen

wenn man sich immer vor Augen hält, daß dieser Staat Israel nur deshalb errichtet werden konnte und weiterbestehen kann, weil bestimmte Länder - heute vor allem die USA und die BRD - ihm jedes Jahr Spenden und Kredite gewähren, die 1972 40% des Haushaltes ausmachen (damit hat Israel die höchste Verschuldungsquote pro Einwohner, nämlich 1300 US \$). Daß diese Unterstützung nicht der Menschenliebe halber gewährt wird, sondern Ausdruck von bestimmten Interessen ist, erklärte Mc Namara selbst 1967: "Der Nahe und Mittlere Osten ist für die USA von strategischer Bedeutung, weil sie hier politische, militärische und wirtschaftliche Einflüsse überschneiden, und weil das Erdöl dieser Region für den Westen lebensnotwendig ist." Nixon sagte es einige Zeit später noch deutlicher: das Gebiet sei "die Pforte zum Mittelmeer, die Türangel der NATO und der Ausgang nach Indien." 80% des Öls für Europa und 90% für Japan, so sagte Nixon weiter, komme aus diesem Bereich der Welt.

Nixon hatte allerdings "vergessen" zu sagen, daß das Rohöl aus dem Nahen Osten deswegen so wichtig ist, weil es zu noch ganz vorteilhaften Preisen - nämlich ca. 10mal billiger als das Öl aus den USA selbst - ausgebeutet werden kann. Er "vergaß" auch zu sagen, daß das Erdöl für den Westen u. a. deswegen "lebensnotwendig" ist, weil die Kriegsführung in Vietnam eine Unmenge davon braucht.

"Daher", so fügte damals Mc Namara hinzu, "setzen wir uns sehr für die Stabilität und stetige Weiterentwicklung im Nahen und Mittleren Osten ein." Wie früher England die Einwanderung der Zionisten unterstützt hatte, um dadurch einen Stützpunkt zur Eroberung der arabischen Märkte zu bekommen, unterstützen jetzt eine Reihe von Staaten - die USA voran - den Aufbau des Staates Israel zum Garant ihrer strategischen Interessen: Israel wurde zum Stützpunkt der NATO mit der Aufgabe, jeden antiimperialistischen oder revolutionären Ansatz direkt oder mit ihrer Hilfe zu zerschlagen:

- 1956 gemeinsam mit England und Frankreich Angriff gegen Ägypten, das auf die Forderungen dieser Länder, den Innenmarkt zu kontrollieren, mit der Verstaatlichung des Suezkanals antwortete,
- 1967 Angriff gegen Syrien,
- ständige Angriffe an den Grenzen, um die Befreiungsbewegung der Palästinenser zu bekämpfen, die wegen der Unterstützung durch die arabischen Massen, welche sich selbst von der Errichtung des Staates Israel mit Recht betroffen sahen, besonders gefährlich für die imperialistischen Interessen ist.

Von dieser selbständigen Bewegung der Massen kommt die Gefahr, und nicht von den verschiedenen nationalistischen Regimes, die wohl versucht haben - wie in Ägypten und Syrien - durch Verstaatlichungen und Zollgesetze, auch durch die Unterstützung der Sowjetunion, eine "unabhängige" Wirtschaft aufzubauen, die aber nicht konsequent antiimperialistisch sein konnten, weil sie die Ausbeutungsverhältnisse in ihren Ländern aufrechterhalten. Wohin eine solche Politik führt, wurde den Massen 1967 klar, als Israel den Sieg errang, da die kleinbürgerlichen Regimes die Massen nicht mobilisiert hatten, nicht bewaffnen wollten, aus Angst, sie könnten später diese Waffen gegen die Unterdrücker im eigenen Land wenden. Wohin eine solche Politik führt, zeigt sich auch an den Konzessionen, die den verschiedenen imperialistischen Ländern gemacht wurden, schon lang bevor die militärischen Berater der Sowjetunion zurückgeschickt wurden: Öffnung der Grenzen für die ausländischen Waren und Kapitalien, Bereitschaft, den Staat Israel anzuerkennen, und rein taktische Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes, als ein Druckmittel, das eine besondere Ausgangssituation bei Verhandlungen ermöglicht.

Parallel zu der Durchsetzung ihrer Interessen durch die Errichtung von "treuen" Ländern (so spielen Jordanien, Saudi-Arabien, der Iran, die Türkei, Griechenland, eine ähnliche Rolle wie Israel) müssen die imperialistischen Länder direkt mit den kleinbürgerlichen Regimes verhandeln, damit ihre Ölbedürfnisse nicht durch eine Verstaatlichung wie im Irak oder in Libyen eingeschränkt werden. Bei den OPEC-Ländern ist nämlich eine Radikalisierung zu verzeichnen; sie haben 1971 in den Konferenzen von Teheran und Tripolis mit den Ölkonzernen, die jetzt wegen einer Teilhaberschaft von 20% mit ihnen verhandeln wollen, Preis- und Steuererhöhungen ausgemacht. Gegen die Radikalisierung der



Südlibanesisches Dorf nach einem israelischen Terrorangriff

Während der Vollmondnächte konnten wir die Leute ganz genau sehen; wir konnten zwischen Männern, Frauen und Kindern genau unterscheiden. Vormittags durchsuchten wir das Gebiet und töteten auf ausdrücklichen Befehl des diensthabenden Offiziers die noch Überlebenden, auch solche, die sich versteckt hatten und verwundet waren." (Zitat nach dem israelischen Magazin Nim'as, Sept. 67 und Israel Imperial News, London Okt. 67).

Um in diesen Gebieten seine Herrschaft aufrechtzuerhalten, wird vom israelischen Staat die Politik der "Vollendeten Tatsachen" praktiziert, die darin besteht, Siedlungen in den besetzten Gebieten zu errichten oder noch Wahlen in Cisjordanien durchzuführen, die den Anschein erwecken sollen, daß die dort gebliebene arabische Bevölkerung über ihr Schicksal verfügt - wo nur 5% wahlberechtigt waren, und wo die israelische Armee für "Ordnung" zu sorgen hatte!

Der Kläger Israel kann sich also nur behaupten, indem er seine Verbrechen auf den Rücken der Palästinenser abwälzt, die allerdings keine Friedensstörer sind, sondern seit etlichen Jahren nicht in Frieden leben können: von Palästina weggejagt, wurden sie 1970 von Hussein grausam massakriert, der 3 Monate lang über eine Luftbrücke von Israel Waffen bekommen hatte - und jetzt werden sie von der libanesischen Regierung bedroht.

und Truppenkonzentrationen Aussagen machen, daß sie also die Lager der Völker überhaupt nicht qualitativ ändern: es wird vielleicht an der Grenze zwischen Libanon und Israel nicht mehr geschossen, aber es wird in jedem Land geschossen, wenn die Massen - israelische oder libanesisch - sich gegen ihre Unterdrückung erheben.

Ein Vorschlag zur Schaffung eines palästinensischen Staates wurde Anfang dieses Jahres verbreitet, von 2 Seiten, Israel und Jordanien. Damit sei angeblich eine "gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage" gefunden worden. Unter welchen Bedingungen die Flüchtlinge leben müßten, ist nicht schwer zu erraten, wenn man sich der Verfolgung und Massakrierung der Palästinenser durch die Armeen beider Staaten erinnert. Gegen diese "friedliche Lösung" der herrschenden Klassen hat die FDPLP die Lösung der Errichtung einer palästinensisch-jordanischen Einheitsfront verbreitet, und weiterhin die Lösung einer gesamten arabischen Einheitsfront, deren erste Ansätze z. Z. die Israelis zu zerschlagen versuchen mit ihren Angriffen auf den Libanon.

Die zionistische Politik als "unmenschlich" zu bezeichnen, wie manche ausländische Zeitungen es getan haben, macht allerdings nichts klarer. Sie lamentieren einfach darüber, daß es so böse Menschen geben kann. Solche Verbrechen können aber nur begriffen und bekämpft werden,

OPEC-Länder wird von den imperialistischen Ländern die Politik der Teilzugeständnisse und der Spalterei betrieben: die Teilhaberschaft kann nämlich dazu führen, daß die OPEC-Länder vor einem Boykott zögern, weil sie dann zu viel verlieren würden. Zum anderen wurde die Front gebrochen durch das Verhalten des Iran und Saudi-Arabiens, die mit den Ölkonzernen ein Abkommen unterschrieben haben, das die Öllieferungen garantiert - im Austausch mit einigen Vorteilen, die der Industrialisierung des Landes dienen sollen, unter der Kontrolle von ausländischen Mächten. Weiterhin werden neue Ölfelder untersucht, um bei einem eventuellen Boykott durch ein Lieferantenland zu anderen sicheren Quellen greifen zu können: so die Ölfelder in Alaska und die in der Nordsee (welche auf 7 Milliarden Tonnen eingeschätzt werden, das sind 1/13 der bis jetzt bekannten Ölreserven).

Die "Unmenschlichkeit" Israels ist also nur Ausdruck der imperialistischen Interessen, die sich ständig gegen den Widerstand der Massen durchsetzen müssen. Diese Rolle Israels wird in der BRD verschleiert, und zwar dadurch, daß die Unterstützung für Israel als "Wiedergutmachung" verkauft wird. Der Charakter der 1952 abgemachten Spende von 3,4 Milliarden DM entlarvte sich, als 1965 bekannt wurde, daß ein wesentlicher Teil der Lieferungen an Israel aus Waffenzulieferungen bestand. Nach dem Junikrieg

wurden Großröhren zum Bau von Pipelines durch die besetzten Gebiete sowie Maschinen für neu entstehende Fabriken auf den West Banks nach Israel exportiert: damit erkannte die BRD praktisch die Annexion von neuen Gebieten durch den zionistischen Staat und die anhaltende Unterdrückung des palästinensischen Volkes an.

Die Behauptung, nach der die Palästinenser ihre Streitigkeiten mit dem israelischen Staat zu Unrecht in der BRD austragen würden, weil die BRD damit nichts zu tun habe, erweist sich als eine bewußte Verdrehung der Tatsachen: weil die Interessen der BRD die Aufrechterhaltung des zionistischen Staates verlangen, wird jeder Feind Israels als Feind der BRD angesehen und dementsprechend behandelt. Das ist die tatsächliche Grundlage der jetzigen Kampagne gegen die Araber, die durch die Gleichsetzung von jüdischem Volk und zionistischem Staat ideologisch unterstützt wird. Die Behauptung, "Antizionismus sei eine neue Form der Judenfeindschaft" ("Woche der Brüderlichkeit" März 72), nutzt die antifaschistischen Gefühle des deutschen Volkes, um jegliche Kritik an dem Verbündeten des westdeutschen Imperialismus mit dem Stempel "Antisemitismus" abwehren zu können.

Diese Haltung zu den Palästinensern bzw. zu den Arabern in der Bundesrepublik steht im Widerspruch zu der Bemühung, die diplomatischen

Beziehungen zu den arabischen Staaten aufrechtzuerhalten, die seit einem halben Jahr wieder aufgenommen worden waren. So wurden die Äußerungen Heinemanns gegen die arabischen Staaten, die die Terroristen dulden würden und daher mitschuldig seien, korrigiert, und der Botschafter in Kairo bekam die Aufgabe, darauf hinzuweisen, "daß die Bundesrepublik an guten Beziehungen zu den arabischen Staaten sehr interessiert ist und diese Beziehungen auch nicht durch das Massaker von München getrübt sehen möchte" (WELT vom 15. 9. 72).

Um welche Interessen es geht, wurde breit dargestellt: Erweiterung der Handelsbeziehungen (die BRD ist z. B. jetzt zweitgrößter Lieferant und viertgrößter Abnehmer Ägyptens), Intensivierung der Investitionen. Die arabischen Staaten - voran Ägypten - sind selbst an einer Intensivierung der Beziehungen mit dem Westen interessiert - aber nicht unbedingt mit der BRD; daher ist es wichtig, bestimmte gute Geschäfte nicht zu verpassen: die Krokodilstränen von München und danach sind nicht mehr auf der Tagesordnung.

Eine andere Bedingung für die Abwicklung von Geschäften ist, daß die arabischen Staaten die Unterstützung Israels durch die BRD schlechthin vermerken und als Repressalie dann ihre wirtschaftlichen Beziehungen abbrechen bzw. einschränken könnten. Daher darf die Unterstützung Israels bestimmte Grenzen nicht überschreiten.

Rassismus, Philosemitismus und antikommunistische Hetze

Nach den Ereignissen von München stieg die Zahl der Lippenbekenntnisse sprunghaft, in denen die Politiker aller "friedliebenden Völker" versicherten, daß nun ihre Geduld am Ende, ihre Trauer und Empörung über das Unfaßbare unermeßlich seien, und daß sie nun den Kampf gegen den "weltweiten politischen Terror" aufnehmen wollten. Es ist klar, daß den führenden BRD-Politiker - egal aus welcher Partei sie kommen - bei der Verherrlichung des imperialistischen Friedens, der bürgerlich-liberalen Demokratie und des kulturellen Fortschritts eine Sonderstellung zukommt: Ging es doch darum, genau diesen Anspruch der BRD-Imperialisten weltweit abzusichern; andererseits bestand die Gefahr, daß die Hintergründe der "unverbrüchlichen Solidarität mit dem Staate Israel" in der Öffentlichkeit diskutiert werden könnten.

Die philosemitische Verherrlichung des Staates Israel, in dem seit 1948 die Verfolgung, Diffamierung und physische Vernichtung von Teilen des palästinensischen Volkes kein Ende genommen hat, der sich ständig mit Waffengewalt in Richtung auf "Euphrat und Tigris hin" ausgedehnt hat, und dessen politischer Geschäftsführer, Golda Meir, erst letzte Woche verkündet hat, daß "für das palästinensische Volk im Nahen Osten in absehbarer Zeit wohl kein Platz sein wird", erreicht einmal mehr ihren Höhepunkt: war es bei den Spitzen der BRD-Parteien bisher doch gute Tradition, zur Wallfahrt nach Tel Aviv aufzubrechen. In diesem Fall gehorcht man jetzt dem diskreten Wink der trauernden Zionisten, fernzubleiben (siehe Rückzug der Brandt-Reise nach Israel), überschlägt sich hier jedoch in Ansprüchen, die in offen rassistische Hetze gegen die arabischen Völker und den palästinensischen Befreiungskampf umschlagen.

In den ersten Tagen nach den Münchner Ereignissen ging es darum, zu verschleiern, welchen Interessen die israelischen Geiseln geopfert wurden. Der weitere Verlauf zeigt jedoch, daß der vorgebliche Anlaß - das Münchner Ereignis - nicht mehr als Erklärung ausreicht: die Zionisten nehmen ihre längst geplanten Vergeltungsaktionen gegen den Libanon und Syrien wieder auf, Stützpunkte palästinensischer Freiheitskämpfer werden gestübert; die Massaker, die die Israelis durch Bombenabwürfe unter der libanesisch-palästinensischen Bevölkerung anrichten, sind angeblich bedauerlich, jedoch unvermeidlich, solange diese den Kampf der Palästinenser unterstützen. Gleichzeitig beginnen in der BRD umfassend geplante Nacht- und Nebelaktionen gegen politisch fortschrittliche Araber, besonders aber gegen die palästinensischen Befreiungskämpfer, die in der BRD den politischen Kampf gegen das Bündnis mit den zionistischen Unterdrückern aufgenommen haben, die damit begonnen haben, die freiwillig von den Tintenkulis geleistete Pressezensur zur Israelfrage zu durchbrechen.

Die zunehmende Empörung gegen den Abschiebungsterror der Ausländerpolizei, die Unterstützung und Solidarität, auf die die palästinensischen Genossen überall in

WIE DIE BRD-IMPERIALISTEN IHRE NEUE STRATEGIE DER BEVÖLKERUNG IN DER BRD VERSTÄNDLICH MACHEN WOLLEN

der BRD stoßen, nicht nur in der kommunistischen Bewegung, sondern zunehmend auch unter der Bevölkerung, zeigt denn auch, daß die Hetze noch verschärft auf die Kommunisten ausgedehnt werden muß: rassistische Hetze gegen die arabischen Völker, systematische Verherrlichung des zionistischen Militarismus und des faschistischen Terrors der Zionisten gegen die Araber in den besetzten Gebieten und Kommunistenhetze sind nur verschiedene Seiten der Propaganda, mit deren Hilfe das Bündnis zwischen den herrschenden Klassen in der BRD und Israel verschleiert werden soll.

Ihr Ziel ist, die reaktionäre und menschenfeindliche Politik der Zionisten und Imperialisten, den täglichen physischen und politischen Terror, denen die arabischen und palästinensischen Massen ausgesetzt sind, in sein Gegenteil zu verklären: in die Verteidigung europäischer kultureller Errungenschaften im Nahen Osten.

Die alte Platte des Kolonialismus wird neu aufgelegt, immer dann aufgelegt, wenn das Bündnis zwischen Imperialisten, Zionisten und arabischer Reaktion bedroht ist, mal wird die eine Seite, mal die andere lauter abgespielt. Gefahr droht nur vom Volk, das sich politisch emanzipiert, das seine Bewaffnung fordert und den Kampf selber aufnimmt.

Was das politische Geschäft mit dem "kleinen David" betrifft, der von der arabischen Reaktion ins Meer getrieben werden soll, so ist diese Gefahr längst gebannt: die politische Bedeutung der zur Zeit herrschenden Regimes liegt in ihren Parolen, mit denen sie das Volk vom Befreiungskampf abhalten.

Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg war es die wichtigste Aufgabe der CDU/CSU-Politiker, die Rehabilitation der aufstrebenden BRD-Kapitalisten vor aller Welt zu betreiben. Im Verhältnis zu Israel, an der Wiedergutmachungsfrage, sollte sich zeigen, daß das deutsche Volk bereit ist, die faschistischen Verbrechen zu sühnen. Dabei ging es aber nicht um die Aufklärung der Hintergründe der faschistischen Machtentfaltung, um die klassenmäßige Zuordnung von Naziverbrechen und Antisemitismus, das hieße nämlich, zu fragen, wer eigentlich davon profitiert hat, sondern genau um die Verschleierung dieser Zusammenhänge. Der traditionelle Kampf der kommunistischen Bewegung gegen den Antisemitismus wurde ebenso verschwiegen, wie der Widerstand der deutschen Arbeiterklasse gegen die faschistische Judenhetze.

Die Verfolgung der Juden in der Weimarer Republik kann von uns nur verstanden werden, wenn wir untersuchen, wer der eigentliche Nutznießer dieser Bewegung war, die sich als Teil der Strategie erwies, mit deren Hilfe die großdeutschen Monopole die politische

Machtübernahme durch die Faschisten vorbereiteten. Die klassenmäßige Zuordnung der Funktion des Antisemitismus erklärt dann allerdings auch sein totales Umschlagen in den Philosemitismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Die antifaschistischen und demokratischen Kräfte, die nach Erklärungen für den faschistischen Massenmord an den Juden suchten, wurden so propagandistisch in die Wiedergutmachungsarbeit eingespannt. Der praktische Nutzen war die Abwälzung von Milliardenbeträgen an Wiedergutmachung auf die Bevölkerung in der BRD. Philosemitismus und Antisemitismus erweisen sich so als Diener kapitalistischer Machtausbaus in der BRD. Ihre Verknüpfung mit rassistischer Hetze und Kommunistenverfolgung ordnen sie ein in die allgemeine Strategie des Imperialismus: Absicherung von Extraprofiten durch verschärfte Unterdrückung der Entwicklungsländer, Akkordhetze und Verschärfung der Klassenherrschaft in den kapitalistischen Metropolen.

Höre Israel 1971

Die Praxis des Zionismus widerlegt die Antisemiten die alle Juden verfolgen mit ihrem Rassenhaß

Denn Zionisten sind tapfer wie die Kosaken des Zaren findig und räuberisch wie die Gefolgsleute Hitlers

arrogant wie die Engländer heimtückisch wie Hussein verlogen wie Glubb Pascha grausam wie Johnson Westmoreland und Nixon

kurzsichtig wie Tsching Kai Scheck rücksichtslos wie Suharto schlau wie Mobutu und Banda stur wie Johannes Vorster

Solche Eigenschaften sind aber sichtlich international wie der Imperialismus selbst Gegen den Internationalismus der Zionisten kämpft drum der Internationalismus der Revolution

Erich Fried

Aufruf der FPDLP

VORBEMERKUNG

Gemäß den Erwartungen der FPDLP kam die Verkündung des Hussein-Planes zur Bildung eines sog. "Vereinigten Arabischen Königreiches" als ein weiterer Schritt zur Liquidierung der Widerstandsbewegung. Die Verkündung des Hussein-Planes brachte die Schwankung der rechten Führungskräfte der Widerstandsbewegung vollends ans Tageslicht, als sie vier Tage lang nicht in der Lage waren, eine Stellungnahme zu diesem reaktionären Plan abzugeben. Schließlich mußten sie unter dem Druck der Massen und ihrer eigenen Basen eine Sonder-sitzung der palästinensischen Nationalversammlung für den 6. April einberufen, um gemeinsame Schritte zu beschließen gegen den Hussein-Plan und gegen die Pläne der israelischen Regierung in der besetzten "west-bank" mit der Durchführung von Gemeinde"wahlen" sowohl ihre Besatzungsherrschaft zu legitimieren als auch die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Hussein-Planes zu schaffen.

Die FPDLP hat die Massen zur Wachsamkeit und die Widerstandsorganisationen zum entschlossenen und schnellen Handeln aufgerufen (Erklärungen zum 13. und 14. März, Aktionsprogramm vom 15. März). Obwohl sie nach hartem Kampf ihr Programm zur Bildung der Nationalen Einheitsfront angesichts der Ratlosigkeit der anderen Organisationen in der Vorbereitungssitzungen zur Nationalversammlung durchsetzen konnte, setzten die Versuche zur Torpedierung des Programmes schon in den ersten Tagen der Versammlung ein. Al-Fatah legte ein Drei-Punkte-Programm zur nationalen Einheit vor, das die militärische Einheit in drei Monaten vorsieht, ohne deren Inhalt zu bestimmen, die Bildung einer Kommission zur Durchführung dieser "Einheit" und die Erweiterung der Mitgliederzahl der Nationalversammlung um weitere 75 "Unabhängige" vorsieht, um der Rechten eine klare Mehrheit zu sichern. Genosse Nayef Hawatmeh hat in einem Interview mit einer kuwaitischen Zeitung schon am 8. Mai diese Torpedierungspläne vorausgesehen. Die Nationalversammlung hat beide Programme (von der FPDLP und Al-Fatah) angenommen, was die Unmöglichkeit der Durchführung des FPDLP-Programmes bedeutet.

Am letzten Tag der Versammlung legte Arafat eine Liste zur Besetzung der Kontrollkommission vor, die der Rechten eine klare Mehrheit in der Kontrollkommission sichert, und die mit einer knappen Mehrheit angenommen worden ist.

Die FPDLP kämpft trotzdem um die Durchführung ihres Programmes innerhalb der Kommission und in den Massen weiter, um die Liquidierung der Linken zu verhindern.

Im Folgenden drucken wir die Erklärung der FPDLP zu ihrem Programm zur Bildung der Nationalen Einheitsfront ab, woraus hervorgeht, daß die FPDLP auch die Inhalte der Einheitsfront in ihrem Programm klar und deutlich darlegt. Die FPDLP geht immer davon aus, daß nur die Massen und ihre Wachsamkeit die Verwirklichung einer demokratischen Einheitsfront erzwingen können.

ERKLÄRUNG DER FPDLP ZUR AUSSERORDENTLICHEN SITZUNG DER PALÄSTINENSISCHEN NATIONALVERSAMMLUNG

Die palästinensische nationale Frage steht jetzt an einem entscheidenden historischen Wendepunkt. Das haschemitisch-zionistische Komplott steht vor seiner Vollendung. Dieser Wendepunkt zwingt die Widerstandsbewegung, ihre bisherige Politik kritisch zu überprüfen, um die Lehren daraus zu ziehen, und dann mit Hilfe von revolutionären praktischen Programmen und gemeinsam mit unserem Volk und den Völkern der arabischen Welt den Kampf fortsetzen zu können, den Kampf gegen Israel und das haschemitische Marionettenregime, um das historische Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes zu verteidigen, seine nationalen Rechte aus ihren Händen zu entreißen und schließlich das Komplott des haschemitischen Regimes zusammen mit Israel, dem Imperialismus und gewissen Gruppen der palästinensischen Reaktion zur Bildung eines sog. "Vereinigten Arabischen Königreiches" zum Scheitern zu bringen. Der Plan zur Schaffung eines "Vereinigten Arabischen Königreiches" ist ein reaktionäres, liquidatorisches Etappenprogramm, das folgende Ziele verfolgt:

1. Die Einheit unseres palästinensischen Volkes und seine Verbundenheit mit der Revolution zu zerstören. Dies geschieht durch die Versöhnung mit den Kräften der palästinensischen Bourgeoisie, deren Interessen von dieser Versöhnung abhängig sind. Diese Kräfte werden dazu getrieben, die Bedingungen Israels zu akzeptieren, auf die vor 1967 okkupierten Gebiete Palästinas und sogar auf einige Teile der nach 1967 okkupierten Gebiete samt Jerusalem zu verzichten. Als Preis dafür wird der von Hussein aufgetischte Plan zur Schaffung eines "eigenen palästinensischen Staates" unter der Hegemonie eines reaktionären "Vereinigten Arabischen Königreiches" angeboten. Mit anderen Worten, es soll ein Staat gebildet werden, der dem zionistischen Neokolonialismus als Brücke zur arabischen Welt dienen soll.

2. Eine gänzliche Liquidierung der Palästina-Frage durch die Anerkennung Israels, das Garantieren seiner jetzigen Grenzen, die Bereitschaft zur Koexistenz mit ihm und damit verbunden die Einkreisung und Zerschlagung der palästinensischen Revolution, wie dies seit September 1970 permanent geschieht.

3. Parallel dazu erleichtert Israel die Verwirklichung des Hussein-Planes mit der Durchführung von Stadtratswahlen in den nach 1967 okkupierten Gebieten, an denen nur 5% unseres Volkes in der "west bank" teilnehmen. Damit wird der palästinensischen Bourgeoisie der Weg in die Stadträte geebnet, damit sie dann später als Partner Israels und des haschemitischen Marionettenregimes, als "Vertreter des palästinensischen Volkes" auftreten kann.

Auf diese Weise wird der Kreis dieses Komplotts geschlossen. Eine separate Lösung mit dem zionistischen Feind wird somit erreicht. In diesem Sinne waren auch die letzten Äußerungen Husseins in Washington:

- Die Bereitschaft, auf Jerusalem zu verzichten;
- die Bereitschaft, geographische Änderungen zugunsten Israels zu akzeptieren;
- die Garantie der Waffenruhe entlang des Jordans;
- die Zusage, daß keine bewaffneten arabischen Verbände die "west bank" betreten werden.

Die Revolution und das nationale Aktionsprogramm in dieser Phase

Um den oben genannten Entwicklungen entgegenzutreten zu können, wurden zwischen den meisten Widerstandsorganisationen eine Reihe von Sitzungen abgehalten, um für diese Phase ein nationales Aktionsprogramm auszuarbeiten und die dazu notwendigen politischen, organisatorischen und militärischen Voraussetzungen zu schaffen, um das Ziel der Befreiung Palästinas und der Errichtung eines demokratischen Staates nach der Zerschlagung des zionistischen Apparates und dessen Institutionen zu verwirklichen.

Ausgehend von ihrer historischen Verantwortung, beteiligte sich die FPDLP wirksam an diesen Sitzungen und legte einen detaillierten und geschlossenen politischen und organisatorischen Entwurf eines Aktionsprogrammes vor als Antwort auf die Liquidierungspläne, um das historische Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes zu erkämpfen und die nationale Einheitsfront zu schaffen.

Dieses politische Programm ist ein Programm der nationaldemokratischen Befreiung unseres Volkes in dieser historischen Epoche. Es geht von folgenden Grundsätzen aus:

- Die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes und die Ablehnung aller liquidatorischen Pläne, allen voran des Plans des "Vereinigten Arabischen Königreiches";
- der Kampf für die Wiederherstellung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes in einem vereinigten demokratischen Staat. Dieser Staat muß sowohl die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes (das Recht auf den bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas, die Schaffung der Hauptbasis der Revolution in Jordanien, die Wahrnehmung aller demokratischen, politischen, gewerkschaftlichen und ideologischen Freiheiten), als auch die nationalen Rechte des jordanischen Volkes (das Recht auf die Errichtung eines antizionistischen, antiimperialistischen Regimes, Wahrnehmung aller demokratischen, politischen, gewerkschaftlichen Freiheiten, Befreiung und Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft, Befreiung der Mehrheit von der Ausbeutung durch die Klassenminderheit und das Marionettenregime) gewährleisten.

Aus: DIE FRONT, Nr. 1, Mai 1972

3. Verwirklichung der nationalen Gleichberechtigung des jordanischen und palästinensischen Volkes und Beendigung des reaktionären Chauvinismus unter den jordanischen Massen und der unreflektierten separatistischen Bestrebungen in den Reihen des palästinensischen Volkes, die als Reaktion auf die Massaker vom September 1970 und Juni 1971 hervorgerufen worden sind.

4. Vereinheitlichung des Kampfes des palästinensisch-jordanischen Volkes und der anderen arabischen Völker, um die arabische nationaldemokratische Revolution siegreich zu führen, für die die Befreiung Palästinas eines der strategischen Hauptziele ist.

5. Verbindung des Befreiungskampfes unseres Volkes mit der internationalen antiimperialistischen antizionistischen revolutionären Front. Die FPDLP legte ein detailliertes und geschlossenes Organisationsprogramm zum Aufbau der nationalen Einheitsfront vor, die im Rahmen der PLO arbeitet und als politische Einheit eine weitgehende Unabhängigkeit von ihr genießt. Die nationale Einheitsfront hat folgende Aufgaben:

1. Beendigung der Spaltungen innerhalb unseres Volkes und der Widerstandsbewegung und Wiederaufbau aller Einrichtungen dieser Front und der PLO auf dem Prinzip der demokratischen Wahlen.

2. Die Einführung des Mandatsprinzips in sämtlichen vereinigten Institutionen der Einheitsfront und der Massenorganisationen (Miliz, Gewerkschaften, berufliche Vereine usw.) und proportionale Vertretung der Volksbefreiungsarmee. Dies verhindert die Bevormundung einer Organisation durch die andere und gewährleistet den Aufbau der Beziehungen in der Einheitsfront auf demokratischen Prinzipien als Alternative zum reaktionären "Einverleibungs"-Prinzip, das die bisherigen Vereinheitlichungsversuche gekennzeichnet hat.

3. Die ausdrückliche Anerkennung der inneren ideologischen und organisatorischen Unabhängigkeit jeder Organisation innerhalb der Einheitsfront.

4. Das legitime Recht jeder Organisation, ihre politischen Anschauungen durch die Zeitung der Einheitsfront zu verbreiten, und sie an alle Organisationen und Institutionen der Einheitsfront zu verteilen.

5. Jeder Organisation muß das Recht gewährt werden, sowohl ihre internen Zeitschriften und Zeitungen herauszugeben, als auch die ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit beizubehalten.

6. Jede Organisation hat innerhalb der Front das Recht, sich politisch und organisatorisch an allen Institutionen (Miliz, Versorgung, zentrale Information etc.) zu beteiligen. Die Zusammensetzung der Gremien erfolgt auf der Basis der demokratischen proportionalen Vertretung.

Die FPDLP begrüßt, daß die Widerstandsorganisationen sich auf das Programm der nationalen Einheitsfront auf Grundlage dieser Prinzipien geeinigt haben. Sie begrüßt, daß das Exekutivkomitee der PLO diesem Programm zugestimmt hat, und erklärt ihre volle Bereitschaft, den Kampf für seine Verwirklichung unvermindert fortzuführen. Sie betont aber zugleich, daß das Kriterium für die wirkliche Zustimmung zum Programm der nationalen Einheit nicht das verbale Bekenntnis, sondern das verbindliche Festhalten an ihm und die praktische Durchführung seiner Bestimmungen ist. Der revolutionäre Gehalt dieses Programms liegt in seiner vollständigen Verwirklichung. Jeder Versuch, dieses Programm zu hintergehen oder es seines demokratischen Gehalts zu entleeren, wie es das Schicksal der bisherigen Beschlüsse der Nationalkongresse gewesen ist, bedeutet die Torpedierung des Programms als ganzes und folglich die Zerstörung aller ehrlichen Versuche, die nationale Einheit zu verwirklichen.

Die FPDLP ruft die Massen unseres Volkes, die Basen und Kader der Revolution auf, den Kampf für den Sieg dieses Programms zu verstärken und über dessen ehrliche und vollständige Verwirklichung durch alle Widerstandsorganisationen zu wachen.

Das Programm der nationalen Einheitsfront ist eine große nationale Errungenschaft für die Revolution und das Volk. Wir alle müssen diese Errungenschaft schätzen. Es ist das erste geschlossene politische und organisatorische Programm für die nationale Einheit.

Es lebe die Revolution!

Für den Kampf bis zur Verwirklichung des Programms der nationalen Einheit!

Nieder mit allen liquidatorischen Plänen Israels und der jordanischen Marionetten!

Die Gegenoffensive der arabischen Befreiungsbewegung

Der Zionismus wird von der weltweiten Kapitalherrschaft dazu benutzt, die nationalen Befreiungsbewegungen in Auseinandersetzungen zwischen proimperialistischen Staaten im Nahen Osten umzumünzen. Dies ist auch lange Zeit gelungen. Die nationale palästinensische Befreiungsbewegung, die von der Kleinbourgeoisie geführt wird, ist abhängig von dem ebenfalls kleinbürgerlichen Nasser-Regime (Ägypten) und den Baath-Regimes (Syrien, Irak), so daß die Widersprüche zwischen den arabischen Staaten in die Widerstandsbewegung hineingetragen werden. Diese war lange Zeit unfähig, den verbalradikalen Antizionismus der arabischen Staaten zu durchschauen und die Widersprüche taktisch auszunutzen. Umso eher gelang dies den Imperialisten. Die arabischen Regimes nutzten die Bewegung als taktisches Druckmittel für ihre Interessen gegenüber Israel, wodurch es ihnen gemeinsam mit den Zionisten gelang, die Bewegung in der Defensive zu halten und ihr die revolutionäre Spitze abzubrechen. Trotzdem waren die arabischen Staaten nach der Juni-Niederlage so geschwächt, daß sie die Errichtung der Doppelherrschaft in Jordanien dulden mußten. Die Durchsetzung der Volksherrschaft auf erreaktionärem Boden war so ein großer historischer Erfolg für die palästinensisch-jordanischen Massen. Trotz ihres kleinbürgerlich-nationalistischen Charakters - ihr Kampf richtet sich nur gegen Israel - war die palästinensische Widerstandsbewegung Auslöser für die Klassenkämpfe im gesamten arabischen Raum. Die arabischen Staaten konnten während der Liquidierungskampagne der Revolution 1970/71 ihren proimperialistischen Charakter vor den Massen nicht mehr verbergen. Die Widerstandsbewegung war nicht in der Lage, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Es gelang ihr nicht, den Widerspruch zwischen ihrem revolutionären Anspruch und der Bindung an diejenige Klasse, die ihre Liquidierung vorantreibt, zu lösen. So verbanderte ihre passive Defensivstrategie die Herstellung der revolutionären Einheitsfront zwischen dem palästinensischen und dem jordanischen Volk und isolierte sie von den breiten Massen in Jordanien. Die in der Phase der Doppelherrschaft entwickelten volksdemokratischen Selbstverwaltungsorgane als revolutionäre Alternative zum bürokratischen Unterdrückungsapparat des jordanischen Regimes, die Volksmiliz und die Volksräte in Nordjordanien als Träger des Willens der Massen für ihre Selbstherrschaft, mußten so von der vereinigten arabisch-zionistischen imperialistischen Gewalt



wieder zunichte gemacht werden. Die Schwierigkeit für die palästinensische Revolution, die darin gelegen hatte, daß sie von den jordanischen und den anderen arabischen Massen nicht mitgetragen werden konnte, wurde erst nach ihrer Vertreibung aus Jordanien durch den Erkenntnisprozeß, der sich in der Basis vollzog, aufgehoben. Die jordanischen Massen entlarven heute mehr und mehr die Heuchelei der Hetzpropaganda gegen die Widerstandskämpfer, indem sie aus eigener Erfahrung

sehen, daß die Korruption, Plünderung, willkürliche Enteignung, Erschießung und Verelendung, die das jordanische Regime den Widerstandskämpfern zugeschoben hatte, heute keineswegs aufgehört haben, sondern vielmehr zunehmen.

Durch diese Ereignisse und das trotzdem unverminderte Festhalten der kleinbürgerlichen Führungskader an ihrer nationalistischen Strategie vollzog sich in der Bewegung ein Polarisierungsprozeß. Dieser Prozeß führte auf der einen Seite zu einem stärkeren Zusammenschluß der marxistischen Teile der Befreiungsbewegungen in der "palästinensisch-jordanischen Einheitsfront", andererseits zu der Radikalisierung der unteren Kader der nationalistischen Bewegung. Die von der kompromißlerischen Al-Fath-Führung enttäuschten Partisanen, die gleichwohl den Guerillakampf stellvertretend für die Volksmassen weiterführten, haben das rein militärische Konzept der Fath nicht überwinden können. Durch das fehlende politische Programm, das die Aufgaben der Revolution, ihren Charakter, die Bestimmung der revolutionären Klassen und die Bündnisfrage stellen muß, konnte es ihnen nicht gelingen, den Kampf der Arbeiter und armen Bauern mit dem Guerillakampf zu verbinden und im revolutionären Volkskrieg zu verschmelzen. So konnte der im individualistischen Heldenentum verbleibende Partisanenkampf nur zur radikalen Verkehrung des beschränkten Antizionismus der Fath-Führung umschlagen. Die Ohnmacht gegenüber der strategischen Überlegenheit des Zionismus manifestierte sich in verzweifelten Kommandoaktionen gegen die Agenturen des Imperialismus in seinen Metropolen. Auf diesem Hintergrund ist auch das Entstehen der Gruppe "Schwarzer September" zu sehen.

Andererseits hat die konsequent antiimperial-

istische Bewegung im gesamten arabischen Gebiet trotz der schwierigen Bedingungen des Kampfes im Untergrund einen großen Aufschwung genommen. Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen dem Imperialismus mit den ihm verbündeten arabischen herrschenden Klassen und den Interessen der Massen der Arbeiter und armen Bauern hat erhebliche Ausmaße angenommen. Die revolutionäre Bewegung hat erkannt, daß sie das Gesamtziel des Imperialismus, nämlich die für ihn lebenswichtigen Erdressourcen unter seiner Kontrolle zu halten, verhindern kann: indem sie ihre revolutionäre Stoßrichtung mit dem Programm der nationalen und gesamtarabischen Vereinheitlichung der antiimperialistischen und antizionistischen Befreiungskämpfe zu einem gemeinsamen Klassenkampf entwickelten, verbinden sie den Klassenkampf des Proletariats innerhalb der neuen Bollwerke der Kapitalakkumulation mit dem nationalen und demokratischen Kampf der Arbeiter und armen Bauern in den sozialökonomisch stagnierenden Kompradorenländern. Damit zeigt sie, daß die Imperialisten sie nicht mehr einfangen können mit ihrer Taktik, die antiimperialistische Revolution im Konflikt zwischen expansiv-kapitalistischem Zionismus und den arabischen Ländern unterschiedlicher proimperialistischer Richtung zu paralysieren. Damit kann es ihr auch gelingen, die jetzt wieder verstärkt einsetzenden Bemühungen der Imperialisten zur "friedlichen Beilegung des Palästinenserproblems" durch eine wie auch immer geartete Konzeption eines "autonomen Palästinastaats" (sprich: endgültige Liquidierung der palästinensischen Befreiungsbewegung) zu unterwandern.



Bedingungen für das Erstarken der arabischen Befreiungsbewegung

Die konsequente Antwort des linken Flügels innerhalb der PLO war die Intensivierung der propagandistischen Aufklärungsarbeit unter den palästinensisch-jordanischen Massen zur Schaffung der Einheitsfront. Das heißt konkret, die Teile-und-Herrsche-Taktik des haschemitischen Terrorregimes zu durchbrechen, indem bei der Lösung der Agrarfrage angesetzt wird: der Großteil der armen jordanischen Bauern, der im parasitären Staatshaushalt eine Existenzgrundlage fand und dadurch in ökonomische Abhängigkeit geriet und seine Loyalität gegenüber dem jordanischen Oberschicht bewahrte, kann nur gewonnen werden, wenn ihm in der Zerschlagung seiner bisherigen Existenz die Möglichkeiten einer freien sozialen Reproduktionsbasis durch die Bo-

denreform gegeben werden. Dies schafft auch die Voraussetzungen für die Abschaffung der orientalistisch-despotischen Familien- und Stammesstrukturen durch seine soziale Emanzipation. Durch die Schaffung eines gemeinsamen revolutionären Programms, das sowohl die Aufgaben der jordanischen als auch der palästinensischen revolutionären Klassen festlegt und praktisch durchführt, wird so die Resignation großer Teile der Massen besiegt und ihre selbständige Reorganisierung für den Kampf um ihre Freiheit bloßgelegt.

Darüberhinaus zeigt die Widerstandsbewegung die Zusammenhänge der Entwicklung in allen arabischen Ländern auf und schafft die Grundlage für die Einleitung

revolutionärer Prozesse auf gesamtarabischer Ebene, ohne die es keine Befreiung in Palästina geben kann, weil sie ein Gefangener der widersprüchlichen Politik der arabischen Staaten bleiben müßte. Der Imperialismus erreicht mit seinen verschärften brutalen Vernichtungsangriffen besonders gegen die Befreiungsbewegungen im Süden des arabischen Gebiets (Dhofar, Oman, Arabischer Golf), daß die unterdrückten Klassen sich verstärkt zur Einheitsfront zusammenschlossen und die revolutionären Organisationen auf eine gemeinsame Strategie zur Bestimmung des Kampfes gegen den Imperialismus hinarbeiteten.

In den Golfemiraten, wo große Teile von der Revolution zu befreiten Gebieten erklärt wurden, versucht der Imperialismus mühsam, sein Schicksal aufzuhalten, nämlich der reichen Ölquellen und der rentablen Investitionsgebiete verlustig zu gehen (in Dhofar gelang es den Partisanen, den Shell-Konzern zur Einstellung der Erdölförderung zu zwingen). Dies versucht er in den verschiedensten Formen: durch reformistische Integrations-taktiken, um die Revolution zu spalten; durch künstliches Hervorrufen und Schüren von Stammesfehden, um das Volk vom eigentlichen Feind abzulenken; durch Einschleusen von ausländischen Arbeitskräften, um die Nationalitätensgegensätze zu verschärfen und um die

Herausbildung eines kampfbereiten Proletariats zu verhindern. All diese Taktiken werden aber ständig von den ausgebeuteten Massen und ihren Avantgarden entlarvt, und der Imperialismus konnte die Kampfeinheit der Partisanen mit den sich in den Volksmilizen bewaffnenden und in den Volksräten ihre soziale Organisation selbst gestaltenden Massen nicht zerschlagen. Das letzte Mittel des Imperialismus bleibt immer die Demonstration seiner militärischen völkermörderischen Gewalt: die demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) als leuchtender Stern der siegreichen Revolution und als Ausgangsbasis der Revolution im arabischen Golf (siehe unten) wird durch bewaffnete Söldnertruppen aus den umliegenden arabischen Ländern (besonders aus Saudiarabien, aber auch aus dem baathistischen Irak!) ständigen Überfällen ausgesetzt. Ebenso werden die Nachschubwege von Südjemen nach Dhofar und den befreiten Gebieten fast pausenlos bombardiert. Die ehemals direkte Intervention der britischen Kolonialisten können sich die heutigen Neokolonialisten nicht mehr leisten: wie in Vietnam versuchen sie es mit der "Golfisierung" des Golfkrieges, das ist für sie billiger und politisch risikoloser. Aber auch wie in Vietnam hatte der imperialistische Ausrottungskrieg, gepaart mit der Ausbeutung der allmächtigen Ölmonopole, nur die Ausweitung der Revolution zur Folge: seit 1970, nach vergeblichen Versuchen seitens der Imperialisten

und ihrer arabischen Kompradoren, die Klassenwidersprüche in innerimperialistischen Kämpfen aufzureiben (der anachronistische Traditionalismus der Scheichherrschaft in Oman wurde im Juni 1970 durch eine auf die neue Mittelklasse sich stützende Reformclique abgelöst), wurde der bewaffnete Widerstand der Arbeiter und armen Bauern, Nomaden und Fischer in Oman als Ausbreitung des Kampfes in Dhofar eingeleitet und in den Bergen neue revolutionäre Zentren errichtet. Damit war die Basis zur Entfaltung der Kämpfe im gesamten Golfgebiet geschaffen.

In Ägypten erwuchs als konsequente Antwort auf die Selbstentlarvung des Regimes während und nach den Massakern der jordanischen Reaktion an der Résistance das Wiedererwachen der Arbeiterbewegung als Beginn einer revolutionären Massenerhebung gegen die neue Bourgeoisie und ihre friedliche Kapitulationslösung. Die Unruhen bei den Bauern, die Arbeiterstreiks und die Studentenkämpfe haben trotz massiver Infiltrationsversuche der ägyptischen Geheimdienste gezeigt, daß der Wille der unterdrückten Klassen in der Vereinigung der Kämpfe auf den verschiedenen Ebenen dahin zielt, die revolutionäre Perspektive gegenüber der demaskierten Bourgeoisie durchzusetzen, nachdem diese ihre Unfähigkeit gezeigt hat, die revolutionären Kräfte weiter an sich zu binden.

Das palästinensische Volk kämpft nicht allein!

Im Libanon konnte sich die Widerstandsbewegung im Laufe des Jahres 1971 reorganisieren und ihre Basen wieder aufbauen. Die libanesische Bourgeoisie stieß bei ihren Versuchen, die Kraft der Widerstandsbewegung zu brechen, auf eine solidarische Kampfeinheit der libanesischen revolutionären Kräfte mit dem palästinensischen Volk. Wie die jordanische Reaktion hatte auch die libanesische Bourgeoisie immer wieder versucht, diese Kampfeinheit zu zerstören und die libanesische Bevölkerung gegen die Résistance und die Flüchtlingsmassen aufzuhetzen. Das eher durch Spontaneität gekennzeichnete, aber dennoch starke Bündnis der libanesischen arbeitenden und verelendeten Massen und der revolutionären Intelligenz mit dem palästinensischen Volk brachte die Frage des Verhältnisses der palästinensischen Revolution zum Klassenkampf im Libanon in den Mittelpunkt der Strategie der linken Organisationen. Damit wurden die Versuche der Bourgeoisie beantwortet, ihre chronische, durch ihren Kompradorencharakter und ihre unproduktive Akkumulationsweise bedingte Krise den palästinensischen Flüchtlingsmassen zuzuschreiben. Für das libanesische Regime bedeutete das Erstarken der Widerstandsbewegung eine doppelte Gefahr, nämlich neben der Revolutionierung der libanesischen Massen auch den "Vergeltungsschlägen" der Zionisten ausgesetzt zu sein. Darum versuchte das libanesische Regime auch im Februar/März dieses Jahres, die durch das Kairoer Abkommen zugestandenen Kampferfolge der Bewegung im Süden des Landes wieder zunichte zu machen und zusammen mit der syrischen Bourgeoisie der Bewegung den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Jedoch hat der entschlossene Widerstand der Massen sich nicht zerschlagen lassen und das Zeichen der Wiedergeburt der Bewegung gesetzt, die entscheidend zu einer tiefgreifenden Veränderung der Kräfteverhältnisse in der arabischen Welt zugunsten der revolutionären Bewegung beitrug. In der Praxis vollzog sich das, was die palästinensische Linke ständig voranzutreiben versucht: die Einmütigkeit und Geschlossenheit aller Widerstandskämpfer.

Hierin besteht gerade die überragende Bedeutung der Strategie der marxistischen Avantgarde: Daß der Kampf effektiv gegen die Brutalität der imperialistischen Ausbeutung nur geführt werden kann in totaler Solidarität mit den gesamten unterdrückten arabischen Klassen. Dieser konsequent geführte antiimperialistische Kampf vermag zu verhindern, daß die neuen, für das Weiterbestehen des internationalen Kapitals lebensnotwendigen Strategien des Imperialismus, neben Warenexport und Ölausbeutung mittels Kapitalexpert neue Zentren der Kapitalakkumulation im Nahen Osten einzurichten, sich durchsetzen können.

Damit gewinnt der Kampf der arabischen unterdrückten Klassen für die Beseitigung des Kapitalismus einen zentralen Stellenwert. Darum ist es für die Kapitalisten hier und dort so gefährlich, wenn wir gemeinsame praktische Solidarität mit den arabischen Genossen üben. Darum können sie es nicht zulassen, daß die Araber in den im-

perialistischen Metropolen die Gemeinsamkeit der Massenkämpfe hier und im Nahen Osten erkennen und propagieren. Darum haben sie Präventivmaßnahmen ergriffen und ihre Abschiebungskampagne gestartet. Das ist auch der Grund für das Verbot von GUPS und GUPA. Deshalb verdient die palästinensisch-arabische Revolution unsere entschlossene und konsequente Unterstützung!



Südjemen: Hanoi der arabischen Halbinsel

Unter dem Titel "FLOSY drängt nach der Macht" schreibt die FR am 3.10.72: "Die seit Monaten andauernden Spannungen zwischen der arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik (Südjemen) haben mit der Besetzung der nordjemenitischen Grenzstadt Kataba am Wochenende ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Im Hintergrund des Konfliktes scheint vor allem die Front für die Befreiung des besetzten Südjemen (FLOSY) zu stehen, deren erklärtes Ziel der Sturz der eng mit der Sowjetunion und China zusammenarbeitenden Regierung in Aden ist."

Die FR und die gesamte bürgerliche Presse verschweigen jedoch den Zusammenhang zwischen dem "Höhepunkt dieser Spannungen" und dem Besuch des US-Außenministers Rogers auf der arabischen Halbinsel am 2.7.72. Dieser Besuch sollte, laut Rogers, die große Bedeutung widerspiegeln, die Washington der Sicherheit dieses Teiles der Welt beimißt.

Nach der Niederlage der englischen Söldner und der omanischen Truppen gegen die südjemenitische Revolution, versucht nunmehr der Geschäftsführer der amerikanischen Imperialisten, Rogers, dem Angriffsplan den letzten Schliff zu geben, die vereinten Kräfte der Reaktion zu koordinieren, um den massiven Angriff auf das Hanoi der arabischen Halbinsel zu starten. Denn für die Imperialisten stehen vitale Interessen auf dem Spiel: die riesigen Ölquellen, die strategische Stellung des Gebiets, die mögliche Übertragung des revolutionären Funks auf die gesamte arabische Halbinsel und auf das gesamte nahöstliche Gebiet. Rogers kam nach Arabien aus Indonesien und Ceylon und war auf dem Wege nach Griechenland. Hier war der imperialistische Gürtel, der die Befreiungsbewegung der 3. Welt in der Schlinge hält, durch den antiimperialistischen Kampf gebrochen. Die Siege der Befreiungsbewegung in Dhofar und Oman, die auf Südjemen als ihr Hanoi blicken, die massive militärische und politische Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung besonders der marxistisch-leninistischen FDPLP, die Hilfe an alle revolutionären Kräfte auf der arabischen Halbinsel und an die Befreiungsbewegung in Eritrea zeugen von dem offensiven Charakter der südjemenitischen Revolution und von ihrer Gefahr für die Interessen der Imperialisten und ihrer arabischen Lakaien.

Der Angriffsplan der US-Imperialisten war von langer Hand vorbereitet: der Sturz des unfähigen Monarchen Said bin Taymor in Oman und das Einsetzen seines Sohnes als funktionsfähiger Handlanger der Imperialisten, Übernahme des bis 1971 von den Briten besetzten Marinestützpunktes in Bahrein durch die USA als neue imperialistische Führungsmacht in diesem Gebiet, Vergrößerung der USA-Kriegsflotte im arabischen Golf, gewaltsame Übernahme der drei arabischen Inseln durch Iran, von denen eine als militärischer Stützpunkt an die USA weitergegeben wurde, und nicht zuletzt die Vereinigungspläne zwischen den kleinen Emiraten und die Versöhnungs- und Koordinierungsversuche mit den anderen reaktionären arabischen Regimen auf der Halbinsel, besonders mit Saudi-Arabien.

Nur durch konsequenten Klassenkampf

Warum konzentriert sich nun die imperialistische Strategie gegen Südjemen?

Die DVR, getragen von der marxistisch-leninistischen FNL, ist der einzige Staat in der arabischen Welt, der einen konsequenten antiimperialistischen Kampf nach außen führt und die Aufgaben der volksdemokratischen Revolution im Innern zu bewältigen in der Lage ist, trotz massiver Schwierigkeiten. Am 14.10.63 haben sich die südjemenitischen Widerstandskämpfer gegen die Engländer in den Bergen von Radfan erhoben. Nach 129 Jahren kolonialer Unterdrückung wurde Südjemen im August 1967 von der englischen Kolonialherrschaft befreit.

Die Kolonialmacht England hinterließ den anderthalb Millionen Südjemeniten das Land in einem Zustand absoluten Elends und Unterentwicklung. Die gesamte Wirtschaft des Landes war eingestellt auf Dienstleistung für die Besatzungstruppen, ein Drittel der Bevölkerung mit den qualifizierten Fachkräften und Nationalkapitalien wanderten aus. Der Analphabetismus betrug in der Bevölkerung 95%. Nach der Schließung des Suezkanals waren die Einkünfte durch den Hafen von Aden - Hauptquelle für den armen Staat - auf ein extremes Minimum reduziert. Die reformistische Flosy übernahm die Macht und versagte endgültig bei der Bewältigung der anstehenden sozialen und ökonomischen Probleme.

Am 22.6.69 gelang es dem linken Flügel der FNL, die Führung zu übernehmen. Der erste Schritt der FNL bestand darin, die neokolonialen Unternehmen wegzufügen, welche mit der Kompradorenbourgeoisie jegliche Entwicklung des Landes sabotieren wollten. Durch das Bündnis der Arbeiter, Bauern, Soldaten und der Kleinbourgeoisie wurde mit dem Aufbau einer produktiven Nationalökonomie begonnen.

Ein Krieg ohne Gnade gegen den Klassenfeind wurde in Stadt und Land geführt. Unter dem Motto "das Land wird nicht geschenkt, man muß es nehmen" - nach dem Präsi-

den Robaya - "unterstützt die FNL die gewaltsame Übernahme der Ländereien durch die Bauernmassen, weil die revolutionäre Gewalt das einzige Mittel ist, um eine endgültige Trennung zwischen Grundbesitzern und Landarbeitern herbeizuführen, damit die Kluft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten unüberwindbar wird. Diese Methode hat noch dazu großartige Konsequenzen: die Bauern, die Fischer und die Arbeiter haben selbst Volksmilizen aufgebaut, um mit der Waffe in der Hand sowohl die sozialen Errungenschaften als auch die Volksmacht, welche diese ermöglicht hat, zu verteidigen. Die Übernahme der Ländereien, die Volksrevolten in allen Sektoren (unterstützt von der FNL) bilden eine Herausforderung seitens der Massen, nicht nur gegen die Konterrevolutionäre, sondern auch gegen die revolutionären Führer selbst, deren Fähigkeiten, den Bestrebungen der Massen nachzukommen, auf diese Weise unter Beweis gestellt werden soll. Denn eine Revolution erstickt in dem Augenblick, wo sie von Bürokraten übernommen wird.

Aus dem bewaffneten Kampf gingen Institutionen hervor, die von den revolutionären Klassen selbst gebildet wurden. Als einziger Weg zur praktischen Volksdemokratie vollzog sich die Übernahme der Macht in den Händen der Arbeiter, armen Bauern und Soldaten in Form der Volksräte, ausgehend von einzelnen Häuserblocks bis zur ganzen Republik, die das volle Selbstbestimmungsrecht über ihr Land ausübten. Ihre Avantgarde legitimierte sich allein durch ihre engen Beziehungen zu diesen Machtorganen des Volks, indem sie die Massen für kollektive, organisierte Arbeit mobilisierte. Die Demokratisierung des Verhältnisses der Führung zu den Kadern und der Avantgarde zu den Massen gewährleistete bis heute, daß es der vereinigten arabischen Konterrevolution nicht gelingen konnte, die Entschlossenheit des Volkes zu besiegen. Somit versuchen die konterrevolutionären Kräfte, den religiösen Fanatismus im Bewuß-



ten Unterdrückungsapparaten den Ölmonopolen und den USA zu Diensten.

Die demokratische Volksrepublik Jemen ist in einem Belagerungszustand von allen Seiten - bis zu 2000 km im Umkreis - von Feinden umringt. Im Westen konfrontieren sie die Intrigen der Äthioper und ihrer israelischen Verbündeten; im Osten werden sie von der englischen Luftwaffe bombardiert unter dem Vorwand der Verfolgung der Guerrillas in Dhofar; im Norden sammeln sich die konterrevolutionären Kräfte aus Südjemen in Sana (Republik Jemen), geführt von den Offizieren von FLOSY und unterstützt von saudiarabischen Söldnern und regulären Truppen. Der Angriffsplan größten Umfanges ist schon im Gange. Die Angreifer werden aber dasselbe Schicksal ihrer Brüder an der Küste Kubas erleiden müssen. Hier sehen wir noch einmal, wie eine kleinbürgerliche Organisation beim Scheitern ihres Programms zum Lager der Reaktion überwechselt. Die pronasseristische FLOSY schreitet auf demselben Wege wie das ägyptische Regime selber voran; beide verbünden sich mit dem Führer der arabischen Reaktion Feisal und erfüllen mit ihm dieselben Aufgaben. FLOSY wird zum Aushängeschild der Imperialisten in ihrem massiven Angriff auf Südjemen. Dementsprechend wird der imperialistische Angriffsplan in der bürgerlichen Presse als Auseinandersetzung zwischen den Jemeniten untereinander dargestellt. Der Versuch der Vietnamisierung wird aber im zweiten Hanoi scheitern.

Es ist kein Zufall, daß der schlagartige Besuch Rogers im Nordjemen (Nord) und in den Golfstaaten, Kuwait und Bahrein unmittelbar stattfand, nachdem die britische Regierung die Niederlage ihrer militärischen Aktion gegen die Befreiungsbewegung in Dhofar und der DVR Jemen offiziell zugegeben hat. Die Reintegration der Region in die Sphäre des US-Einflusses wird sich rein äußerlich in der Gründung eines neuen Militärpaktes manifestieren, der wahrscheinlich den Sudan, Jemen, Saudiarabien, Jordanien und die Golfstaaten einschließen wird. Dieser Pakt soll die schwache Stelle des Todesgürtels schließen, wo der Anschluß von SEATO und CENTO an die NATO geschwächt wurde.

Alle imperialistischen Vorhaben am arabischen Golf sind eine Antwort auf die Entwicklung des revolutionären Kampfes in diesem Gebiet. In dem Maße, wie die Revolution voranschreitet, werden Pläne entwickelt, sie zu liquidieren. Die Strategie der nationalen Front sieht die Zusammenschließung der revolutionären arabischen Organisationen in einer breiten Front vor. Eine intensive Koordinierung und ein Fortschreiten der Zusammenarbeit zwischen der FNL, der Volksfront für die Befreiung von Oman und von dem arabischen Golf und der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas hat schon begonnen. Nach der Niederlage der kleinbürgerlichen Regime im Juni 1967 ist nur eine erfolgreiche Revolution im arabischen Raum in der Lage, eine konkrete revolutionäre Alternative zu den kapitulanten Regimen darzustellen. Die Revolution in Aden entlarvt durch ihre Praxis und ihre Errungenschaften den Verbalradikalismus jener Regime, die die Massen verdummen wollen. Die Verleumdungs- und Verschleierungskampagne der bürgerlichen Massenmedien läuft parallel gegen die Revolution in Südjemen und in Palästina aus dem oben erwähnten Zusammenhang beider Bewegungen für die gesamtarabische Revolution. Es gilt für alle Revolutionäre der Welt, die Angriffspläne der Imperialisten und ihrer arabischen Handlanger zu entlarven!

**ES LEBE DIE REVOLUTION!
NIEDER MIT ALLEN ANGRIFFSPÄNEN DER IMPERIALISTEN UND DER ARABISCHEN REAKTION!**



... kann die Volksmacht

verteidigt werden